

Interviews mit den Außenministern von Andorra,
Liechtenstein, Monaco und San Marino

Modernisierung der militärischen vertrauens- und
sicherheitsbildenden Maßnahmen – Wiener Dokument 2001

Zivilgesellschaftliche OSZE-Mittelmeerkonferenz



Das OSZE-Magazin, das auch online verfügbar ist, wird von der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Englisch und Russisch herausgegeben. Die in den Artikeln vertretenen Ansichten geben die Meinung der Verfasser und nicht notwendigerweise den offiziellen Standpunkt der OSZE und ihrer Teilnehmerstaaten wieder.

Redaktion: Ursula Froese

Gestaltung: Nona Reuter

Druck: Imprimerie Centrale

Kommentare und Beiträge richten Sie bitte an:
oscemagazine@osce.org

Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
OSZE-Sekretariat

Wallnerstraße 6

A-1010 Wien (Österreich)

Tel.: (+43-1) 514 36-6267

Fax: (+43-1) 514 36-6105

OSZE-Vorsitz 2012: Irland

OSZE-Organe und -Institutionen

Ständiger Rat (Wien)

Forum für Sicherheitskooperation (Wien)

Sekretariat (Wien)

OSZE-Beauftragter für Medienfreiheit (Wien)

OSZE-Büro für demokratische Institutionen und

Menschenrechte (Warschau)

Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten
(Den Haag)

Parlamentarische Versammlung der OSZE
(Kopenhagen)

Feldoperationen

Südkaucasus

OSZE-Büro in Baku

OSZE-Büro in Eriwan

Persönlicher Beauftragter des Amtierenden

Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die
Minsk-Konferenz der OSZE befasst

Zentralasien

OSZE-Zentrum in Aschgabat

OSZE-Zentrum in Astana

OSZE-Zentrum in Bischkek

OSZE-Büro in Tadschikistan

OSZE-Projektkoordinator in Usbekistan

Osteuropa

OSZE-Büro in Minsk

OSZE-Mission in Moldau

OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine

Südosteuropa

OSZE-Präsenz in Albanien

OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina

OSZE-Mission im Kosovo

OSZE-Mission in Montenegro

OSZE-Mission in Serbien

OSZE-Mission in Skopje



Eine Postkarte mit der anlässlich des OSZE-Vorsitzes aufgelegten Sonderbriefmarke mit dem Shamrock, dem dreiblättrigen irischen Kleeblatt.

Aus dem Inhalt

- 3 Das Jahr im Zeichen des Kleeblatts
- 4 Kleinststaaten und die OSZE: Interviews mit den Außenministern von San Marino, Monaco, Andorra und Liechtenstein
- 8 Hilfsprojekt für gefährdete Kinder in Moldau
- 9 Wiener Dokument 2011 – Errungenschaften und Aussichten für weitere Aktualisierungen
Pierre vonArx
- 12 Der Übergang zur Demokratie in Nordafrika: Zivilgesellschaftliche OSZE-Mittelmeerkonferenz in Wilna
Ruben Diaz-Plaja
- 18 Open Skies – Erfolg und Ungewissheit eines legendären Instruments aus der Ära nach dem Ende des Kalten Krieges
Loïc Simonet
- 22 Visa for Life
Ahmet Çınar
- 23 Neubestellungen

Titelseite: TeilnehmerInnen einer Arbeitssitzung zum Thema Verstärkung der politischen Partizipation im Rahmen der zivilgesellschaftlichen OSZE-Mittelmeerkonferenz am 4. Dezember 2011 in Wilna (Litauen) (OSZE/Velimir Alic)



FRANJE MAROJEVIC

Der irische Botschafter Eoin O'Leary, Vorsitzender des Ständigen Rates der OSZE (Mitte), im Gespräch mit dem Generalsekretär der OSZE, Lamberto Zannier (links), und Brian Hayes, Staatsminister im Finanzministerium Irlands, während der ersten Vorbereitungssitzung am 6. Februar 2012 in Wien zum diesjährigen Wirtschafts- und Umweltforum mit dem Schwerpunkt Good Governance in der Wirtschaft.

Das Jahr im Zeichen des Kleeblatts

Drei Hauptanliegen verfolgt der irische OSZE-Vorsitz: Konfliktlösung, Good Governance und Freiheit der digitalen Medien.

Zu jeder der drei Prioritäten wird als Glanzlicht eine hochrangige Veranstaltung abgehalten. Ende April wird der Vorsitz die OSZE-Teilnehmerstaaten und Konfliktlösungsexperten nach Dublin einladen, um sich den Friedensprozess in Nordirland als Fallstudie für die Lösung anscheinend unlösbarer Konflikte anzusehen. Good Governance ist das Motto des diesjährigen Wirtschafts- und Umweltforums der OSZE, das im September in Prag stattfinden wird. Auf das im Februar in Wien abgehaltene Vorbereitungstreffen mit dem Schwerpunkt Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung wird im April in Dublin ein Treffen zur Korruptionsbekämpfung folgen. Das Thema der Freiheit der digitalen Medien wird von Regierungsvertretern, Medienexperten, der Zivilgesellschaft und IT-Unternehmen im Juni in Dublin diskutiert werden.

Neben seinen Schwerpunktbereichen hat der irische Vorsitz ein Mehrjahresprogramm unter dem Schlagwort Helsinki+40 zur Entwicklung eines Aktionsplans für die OSZE vorgeschlagen – eine Aufgabe, die das Gipfeltreffen 2010 in Astana den zukünftigen Vorsitzen vorgab. Es soll in enger Abstimmung mit den Partnern in der Troika und den zukünftigen OSZE-Vorsitzen erarbeitet werden. Am

10. Februar 2012 verabschiedeten die Teilnehmerstaaten einen Beschluss über den Vorsitz in den Jahren 2014 und 2015, den die Schweiz und dann Serbien wahrnehmen werden.

Klar definierte kurzfristige Ziele und ein langfristiger Plan – das sind zwei Blätter des dreiblättrigen Kleeblatts, das der irische Vorsitz der OSZE überreicht. Und das dritte? Das dritte ist die irische Lust am Gespräch, mit der der Vorsitz an die Förderung des Dialogs zwischen den Teilnehmerstaaten und die Unterstützung der Bemühungen zur Lösung der Langzeitkonflikte in der OSZE-Region herangehen wird. Der Amtierende Vorsitzende hat zwei Sonderbeauftragte ernannt, Pádraig Murphy und Erwan Fouréré, die bereits ihre Arbeit aufgenommen haben, um den Prozess zur Beilegung des Transnistrienkonflikts, die Genfer Gespräche und die Auseinandersetzung mit dem Berg-Karabach-Konflikt voranbringen. Am 28. und 29. Februar wird in Dublin ein offizielles 5+2-Treffen (mit Mediatoren, Beobachtern und den Parteien) über die Beilegung des Transnistrienkonflikts stattfinden – das zweite seit der Wiederaufnahme offizieller Gespräche am 30. November 2011 in Wilna nach einer Pause von fast sechs Jahren. *May the road rise up to meet them and the wind be at their back!*

Kleinststaaten und die OSZE

San Marino, Monaco, Andorra und Liechtenstein haben mehr gemein als ihre äußerst geringe geografische Ausdehnung. Jeder einzelne dieser Staaten blickt auf eine Jahrhunderte lange Tradition von friedlicher Konfliktverhütung, Menschenrechtsschutz und Demokratie zurück. Die vier Teilnehmerstaaten arbeiten derzeit an einem Hilfsprojekt der OSZE zur Unterstützung von Kindern in Moldau, die als potenzielle Opfer von Menschenhandel gefährdet sind. Ihre Außenminister waren bereit, über die Beziehungen ihrer Länder mit der OSZE und über ihre Sichtweise in Bezug auf die Stärken und Schwächen der Organisation Rede und Antwort zu stehen.

Antonella Mularoni Ministerin für auswärtige Angelegenheiten von San Marino



SAN MARINO, MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Was bedeutet die OSZE für San Marino?

Wir sind seit Anbeginn Teilnehmerstaat und glauben fest an diesen Prozess der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Ländern als einzigen Weg zu Wohlergehen und Wohlstand für alle. Wir haben stets bei der Lösung von Divergenzen mit unseren Nachbarländern auf Zusammenarbeit und Frieden gesetzt. Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa war 1975 eine großartige Idee, die jahrzehntelang ein Dialogforum bot, ehe sie sich schließlich zu einer Organisation entwickelte. Die OSZE hat natürlich auch ihre Schwächen, ist aber ein wichtiges Forum für Diskussion und Auseinandersetzung. Viele Probleme wurden bereits angegangen, viele Fragen gelöst, und es laufen derzeit Verhandlungen zu vielen Themen. Für ein kleines Land wie San Marino ist es natürlich wichtig, dass es einen Raum der Sicherheit und des Friedens gibt, oder zumindest einen Raum, in dem die Staaten versuchen, Frieden zu gewährleisten oder Probleme zu lösen. Die OSZE ist für uns ein Garant.

Wie hat San Marino bisher zur OSZE beigetragen?

Gemeinsam mit anderen finanzieren wir ein in Zusammenarbeit mit dem Büro von Maria Grazia Giammarinaro, der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels, durchgeführtes Projekt für Kinder in Moldau, um sie vor Menschenhandel zu schützen. Das Projekt hilft im Waisenhaus aufgewachsenen Jugendlichen beim Einstieg in die Gesellschaft. Es ist ein kleiner Beitrag, aber wir müssen ganz unten beginnen und bei denen ansetzen, die am hilfsbedürftigsten sind. Das Projekt wurde vor Kurzem begonnen, und wir hoffen, dass es noch ein paar Jahre fortgesetzt werden kann. Bis jetzt werden im Zuge des Programms rund 100 Kinder betreut.

San Marino ist auch ein Vorbild für demokratisches und friedliches Zusammenleben. Selbstverständlich ist uns bewusst, dass wir ein sehr kleiner Staat sind. Und doch hat unsere Geschichte der internationalen Gemeinschaft möglicherweise etwas zu sagen. Es ist uns immer gelungen, in Frieden und ohne Probleme mit unseren Nachbarn zu leben, und wenn es Probleme gab, waren wir in der Lage, sie friedlich zu lösen. Seit über 17 Jahrhunderten steht San Marino in einer Rechtstradition, die unserem Volk die Ausübung der Grundfreiheiten und Menschenrechte ermöglicht. Unsere Verfassung ist die älteste aller souveränen Staaten weltweit. Die Achtung der Menschenrechte und der Freiheit ist ein Grundpfeiler unserer Geschichte, der von uns nicht wegzudenken ist.

Glauben Sie, dass die OSZE die nordafrikanischen Länder in ihrem derzeitigen Übergangsprozess unterstützen könnte?

Die OSZE hat sich zu einer Gemeinschaft von zunehmend demokratischen Ländern entwickelt. Der Übergang zur Demokratie wird für die Mittelmeerstaaten schwierig sein; zu lernen, ein wirklich demokratischer Staat zu sein, dauert Jahrzehnte. Ich denke, wenn die Kooperationspartner der OSZE im Mittelmeerraum die Organisation um einen Beitrag ersuchen, dann sollten wir dem nachkommen. Es gibt andere internationale Organisationen, die Hilfe anbieten, aber auch die OSZE hat eine Aufgabe. Sie ist eine Organisation für Zusammenarbeit und Frieden und basiert auf der Achtung der Menschenrechte und der Freiheit. Natürlich wissen wir, dass es in einigen OSZE-Ländern nach wie vor Probleme gibt, aber Rom wurde auch nicht an einem Tag erbaut, und wir müssen an Fortschritt und an die Möglichkeit, große Ziele zu erreichen, glauben. Das könnte zwar ein Jahrzehnt dauern, doch der Weg muss ganz klar sein. Wenn die OSZE und andere internationale Organisationen oder größere demokratische Länder in Europa diesen Prozess unterstützen, dann kann er rascher und wahrscheinlich stabiler verlaufen.

Gibt es etwas, was die OSZE Ihrer Meinung nach anders machen sollte?

Ich muss zugeben, dass ich manchmal von diesen langen Verhandlungen etwas enttäuscht bin, die fast ein Jahr dauern und dann oft zu keinem Ergebnis führen, wie wir es auf dem Ministerrat von Wilna erlebt haben. Aber dann führen sie vielleicht im nächsten Jahr zu etwas. Wir sind eben 56 Teilnehmerstaaten, von denen jeder seine eigenen Interessen und Ansätze verfolgt, und das ist nicht einfach. Mir ist klar, dass wir uns international gesehen mit kleinen Schritten begnügen müssen. Ich persönlich würde mir aber wünschen, dass die OSZE ein bisschen produktiver wäre und mehr Ergebnisse erzielen könnte. Dennoch müssen wir optimistisch bleiben und mit der Arbeit, die diese Organisation Jahr für Jahr leistet, zufrieden sein.

José Badia, Regierungsrat für auswärtige Beziehungen des Fürstentums Monaco



MONACO, MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Was bedeutet die OSZE für Monaco?

Die OSZE hat zwei wesentliche Vorzüge, die keine andere internationale Organisation aufweist. Zum einen ihr geopolitisches Format, das 56 Teilnehmerstaaten (mit dem Beitritt der Mongolei möglicherweise bald 57) in der nördlichen Hemisphäre vereint und vor allem Verbindungen und Austauschbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten, Europa und Russland schafft, in die auch die Staaten in Osteuropa, Zentralasien, im südlichen Kaukasus und auf dem Balkan einbezogen werden.

Aufgrund der geografischen Lage Monacos ermöglicht die OSZE unserem Land regelmäßige Kontakte mit unseren Partnern im Mittelmeerraum und in Europa und bildet ein einzigartiges Forum für Dialog, Austausch und gegenseitiges Verständnis, weil sie eine Struktur bietet, die nicht nur vom politischen Willen einiger weniger Staaten abhängig ist, sondern auf Flexibilität und Vertrauen zwischen ihren Mitgliedern aufbaut.

Wie trägt Monaco zur OSZE bei?

Die Ständige Vertretung Monacos bei der OSZE, vertreten durch Botschafter Claude Giordan, nimmt aktiv an den regelmäßigen Treffen der OSZE teil und beteiligt sich an ihrer Arbeit vor Ort.

Das Hauptanliegen des Fürstentums Monacos im Rahmen der OSZE ist der Schutz der Menschen und ihrer Grundrechte, um den Frieden, die weltweite politische Stabilität, Good Governance und Rechtsstaatlichkeit zu bewahren.

Monaco engagiert sich besonders für den Schutz von Kindern und die Bekämpfung des Menschenhandels. Seit 2010 unterstützt Monaco in Partnerschaft mit Liechtenstein, Andorra und San Marino die Durchführung des Projekts „Verhütung von Menschenhandel mit Kindern ohne elterliche Obhut in der Republik Moldau“. Wie die Sonderbeauftragte und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels, Maria Grazia Giammarinaro, bei ihrem Besuch in Moldau im November letzten Jahres sagte, hat der Schutz von Kindern höchste Priorität. Im Hinblick auf die Fortsetzung und Intensivierung unserer Zusammenarbeit mit der OSZE in diesem Bereich wird es uns eine große Freude sein, Frau Giammarinaro am 20. März 2012 bei uns in Monaco zu begrüßen.

Nachhaltige Entwicklung ist Monaco auch ein beständiges Anliegen. Bekanntlich tritt seine Durchlaucht, Prinz Albert II., überaus engagiert für den Schutz der Umwelt und Artenvielfalt ein. Daher sagte unser Staatsminister auf dem Gipfeltreffen von Astana im Dezember 2010 zu, Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit zwischen

Monaco und der OSZE in der Wirtschafts- und Umweltdimension besonders aufmerksam zu prüfen.

Welche Arbeitsbereiche der OSZE erachten Sie als besonders wichtig?

Vor dem derzeitigen internationalen Hintergrund und insbesondere im Hinblick auf die politisch-militärische Dimension der Sicherheit sind die Aktivitäten der OSZE in der menschlichen Dimension von wesentlicher Bedeutung und absolut notwendig. Insbesondere das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) ist ein überaus wertvolles Instrument: seine Aufgabe und sein besonderer Beitrag werden von der internationalen Staatengemeinschaft voll und ganz anerkannt, und seine Wahlbeobachtungsexpertise steht außer Streit.

Die Feldoperationen sind auch ein wichtiger Teil der OSZE-Aktivitäten. In allen drei Sicherheitsdimensionen wird hervorragende Arbeit vor Ort geleistet. Diese Missionen unterstützen die Menschen und politischen Entscheidungsträger unmittelbar und Schritt für Schritt auf ihrem Weg zu mehr Demokratie, einer stärkeren Beteiligung der Zivilgesellschaft und besserer Staatsführung.

Juli wird die Parlamentarische Versammlung der OSZE (PV) ihre Jahrestagung in Monaco abhalten – was erwarten Sie sich davon?

Dank seiner Neutralität bietet Monaco allen internationalen Organisationen eine ideale Plattform für internationale Zusammenkünfte. Die Abhaltung der Jahrestagung der PV in Monaco im Juli 2012 geht auf eine Initiative des Nationalrats (des monegassischen Parlaments) zurück, die von der Regierung Monacos unterstützt und mitorganisiert wird. Dass Monaco Gastgeber dieser hochrangigen Veranstaltung ist, zeigt, dass seine Rolle in der internationalen Gemeinschaft anerkannt wird, und beweist, dass die PV uns als vertrauenswürdig und verlässlich erachtet. Es wird uns eine wahre Ehre sein, die Parlamentarier der OSZE-Teilnehmerstaaten in Monaco willkommen zu heißen. Wir hoffen, dass diese Tagung den interparlamentarischen Dialog erleichtern und stärken und somit zu den Bemühungen zur Bewältigung der Herausforderungen an die Demokratie im gesamten OSZE-Gebiet ganz allgemein beitragen wird.

Sollte die OSZE Ihrer Meinung bestehen bleiben und warum?

Die Frage ist nicht, ob die Organisation bestehen bleiben sollte, sondern wie sie sich in Zukunft positionieren sollte. Wie wir in unserer Erklärung auf dem letzten Ministerratstreffen in Wilna im Dezember 2011 betonten, befürwortet Monaco nachdrücklich die Bemühungen der OSZE, ihre Mittel in denjenigen Bereichen zu bündeln, wo sie einen unbestrittenen Mehrwert bringen, wie bei den Feldmissionen und in der menschlichen Dimension. Wir unterstützen auch die OSZE-Bemühungen um eine intensive Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen.

Die KSZE und seit 1995 die OSZE ist das Ergebnis eines seit 35 Jahren gemeinsamen Bestrebens aller europäischer Staaten. Die OSZE ist ein einzigartiges Forum für Dialog und Zusammenarbeit und muss trotz der Schwierigkeiten, mit denen die Organisation derzeit konfrontiert ist, bestehen bleiben. Das BDIMR ist eines der wichtigsten Güter der Organisation. Daher muss es seinen Platz und seine Rolle neben anderen internationalen Strukturen wie der NATO, der Europäischen Union und dem Europarat behaupten.

Dank ihrer Geschichte und ihrer Erfahrung vor Ort, die sie ihren Feldoperationen verdankt, ist die OSZE eine Wissensquelle, die zu schützen unsere Aufgabe ist, um eine eurasische und euroatlantische Sicherheitsgemeinschaft im Sinne einer Wertegemeinschaft aufzubauen.

Gilbert Saboya Sunyé, Minister für auswärtige Angelegenheiten von Andorra



Andorra trat 1996 der OSZE bei. Was hat Andorra dazu bewogen?

Andorra ist zwar ein sehr altes Volk, aber als Staat noch sehr jung. 1993 haben wir den Prozess der internationalen Anerkennung als souveräner Staat durchlaufen und gleich nach der Anerkennung damit begonnen, internationalen Organisationen beizutreten: zunächst den Vereinten Nationen 1993, dann dem Europarat und schließlich 1996 der OSZE. Der kooperative, umfassende und niemanden ausgrenzenden Sicherheitsansatz der OSZE deckt sich weitgehend mit unseren Sicherheitsvorstellungen, weshalb dieser Schritt für uns ganz logisch war. Als Mitglied dieses multilateralen Forums können wir auch als Zwergstaat mit anderen Teilnehmerstaaten gleichberechtigt zusammenwirken.

Welche Vorteile bringt die OSZE den Bürgern Andorras?

Die Bürger unseres Landes sind stark von den Sorgen des täglichen Lebens absorbiert, doch müssen wir auch wahrnehmen, was rundherum passiert. In Andorra findet derzeit eine tief greifende innenpolitische Reform zur Öffnung des Landes und seiner Wirtschaft statt. Es ist für uns ganz wichtig, dass unsere innerpolitischen Reformen mit einem langfristigeren außenpolitischen Denken einhergehen. Die Teilnahme an multilateralen Foren wie der OSZE ist somit für uns von großer Bedeutung, da wir dort Einblick in die weltweiten Bedrohungen und Chancen, die im Übrigen manchmal eng zusammenhängen, gewinnen.

Ein von der OSZE vor Kurzem behandeltes Thema, das die Andorraner unmittelbar betrifft, ist die Sicherheit im Tourismus. Mit einem BIP, das zu ca. 70 Prozent aus dem Fremdenverkehr und damit verbundenen Aktivitäten kommt, ist unsere Wirtschaft vom Tourismus abhängig, weshalb wir unbedingt wissen sollten, wo die Risiken liegen und wohin sich die Sicherheit im Tourismus entwickelt. Im September des Vorjahres finanzierten wir gemeinsam mit den Vereinigten Staaten und Spanien eine zweitägige Arbeitstagung in Wien über öffentlich-private Partnerschaften im Bereich der Sicherheit im Fremdenverkehr, um zu ermitteln, welche Rolle die OSZE in diesem Bereich spielen könnte.

Welchen Beitrag leistet Andorra zur OSZE?

Andorra verdankt sein Entstehen einer Konfliktverhütungsentcheidung. Das Volk in Andorra beschloss, den Ausbruch eines Zwists zwischen den benachbarten Landesherrn dadurch zu verhindern,

dass es ihnen sagte: „Streitet nicht, sondern teilt euch die Herrschaft über unser Land“. Das war im dreizehnten Jahrhundert. Die gleiche Entscheidung trafen wir dann 1993, als wir über die Verfassung abstimmten und uns für ein parlamentarisches Fürstentum entschieden, in dem sich der Präsident von Frankreich und der Bischof von Urgell in La Seu d’Urgell (Spanien) die Funktion des Staatsoberhauptes teilen. Eine derartige Entscheidung, vom Volk getroffen und nicht von einem Herrscher oder einem mächtigen Nachbarland oktroyiert, ist ziemlich einzigartig, meine ich. Die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit sind in der Realität der Andorraner fest verankert; sie gehören sozusagen zu unserer DNA. Das ist es, was wir in die OSZE-Gemeinschaft einbringen können.

Im Bereich der Zusammenarbeit zählt die Sorge um schutzbedürftige Menschen zu unseren Hauptanliegen. Wir haben OSZE-Projekte in den Bereichen Menschenhandel, Stärkung von Frauen als Unternehmerinnen und Förderung von Toleranz in Schulen als Instrument der Konfliktverhütung finanziert. Natürlich sind uns auch die Kernaktivitäten der OSZE wichtig: Wir beteiligten uns an der Grenzkontrollausbildung in Afghanistan und an der Initiative für kommunale Sicherheit in Kirgisistan.

Sie haben im Frühjahr Wahlbeobachter eingeladen. War das eine sinnvolle Erfahrung?

Es ist bei uns seit Langem Tradition, Beobachter des BDIMR und der Parlamentarischen Versammlung der OSZE einzuladen – wir tun dies seit 1996, wie es unseren Verpflichtungen entspricht. Dieses Mal kamen sie erstmals im Rahmen einer Bedarfsermittlungsmission, worüber wir sehr erfreut waren.

Unser Parlament wurde im fünfzehnten Jahrhundert gegründet und blickt somit auf eine lange Tradition zurück. Für die Demokratie muss man jedoch jeden Tag etwas tun. Trotz der überaus hohen Wahlbeteiligung von 70 bis 80 Prozent gehen diese Zahlen bei der jüngeren Generation etwas zurück. Wir verstehen die Empfehlungen als wichtiges Instrument zur weiteren Förderung einer freieren, demokratischeren und offeneren Gesellschaft. Die Beurteilung durch ausländische Beobachter ist heilsam, weil sie eine andere Perspektive einbringt.

Welchen Stellenwert hat die OSZE in unserem sich verändernden Sicherheitsumfeld?

Mit einer Erweiterung, zum Beispiel durch die mögliche Aufnahme von Ländern wie der Mongolei, geht die OSZE über ihre ursprünglich natürlichen Grenzen hinaus. Auch Organisationen wie die NATO entwickeln sich weiter und verfolgen einen umfassenden Sicherheitsansatz. Den Ansatz der OSZE halte ich jedoch für einzigartig. In Andorra sind wir davon überzeugt, dass die Gewährleistung von Sicherheit durch multilaterale Bemühungen nicht nur eine rein sicherheitspolitische Frage ist. Sie betrifft auch die Befähigung zu Wachstum und Wohlstand, zu einer alle integrierenden Entwicklung der Gesellschaft. Für ein Land wie das unsere, in dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung zugewandert ist, ist die Anerkennung der Vielfalt wichtig. Wir haben ein mehrsprachiges Bildungssystem, das eine Kombination der staatlichen Systeme Andorras, Frankreichs und Spaniens ist. Alle diese Themen sind direkt mit der Sicherheit verbunden. Wir sind eines der sichersten Länder der Welt. Das hat aber viel eher mit Wohlstand, sozialem Zusammenhalt und mit Bildung als mit Bemühungen im militärischen Bereich zu tun, auch wenn die militärischen Aspekte selbstverständlich ihre strategische Bedeutung haben. Zur Zeit kann man tatsächlich beobachten, dass sich alle irgendwie in die gleiche Richtung wie die OSZE bewegen, was letzten Endes ein gutes Fazit ist: Vielleicht hat das die OSZE schon vor den anderen erkannt?

Aurelia Frick, Außenministerin von Liechtenstein



Als einer der ursprünglichen Teilnehmerstaaten hat Liechtenstein schon seit Langem Erfahrungen mit der OSZE. Welche Vorteile bringt das Ihrem Land?

Liechtenstein hat ein beschränktes diplomatisches Netz und gehört keiner Sicherheitsvereinbarung an. In der OSZE kann mein Land mit einer großen Gruppe von Ländern im weiteren Sicherheitsbereich interagieren und kooperieren. Wie alle anderen Teilnehmerstaaten erhalten wir von der OSZE wertvolle Ratschläge für die Modernisierung unserer Institutionen und die Stärkung unserer Demokratie.

Welchen Mehrwert hat ein Kleinstaat wie Liechtenstein in die OSZE-Familie einzubringen?

Was ein Teilnehmerstaat in die OSZE einbringt, hängt nicht von seiner Größe ab. Ich würde eher fragen: Hält ein Land die Prinzipien der Organisation ein? Erfüllt es seine Verpflichtungen als OSZE-Teilnehmerstaat? Trägt es Ideen zur Arbeit der Organisation bei? Hat es bereits den Vorsitz geführt oder zur Finanzierung von Projekten beigetragen? Ich bin stolz darauf, dass Liechtenstein alle diese Fragen mit Ja beantworten kann.

Einige Beispiele: In den letzten fünf Jahren trug Liechtenstein ungefähr 1 Million EUR zu außerbudgetären Projekten in allen Arbeitsbereichen der OSZE bei, vor allem zu Projekten des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte. Wir versuchen stets, unsere Prioritäten mit den Finanzierungsersuchen der OSZE abzustimmen, wie zum Beispiel für das Engagement für Afghanistan 2009 oder die Unterstützung nach der Krise in Kirgisistan 2010 und

2011.

Neben den finanziellen Beiträgen hat Liechtenstein Personal an das OSZE-Sekretariat und an die Abteilung Strafverfolgung der OSZE-Mission in Serbien entsandt.

Mehrmals haben unsere Diplomaten in OSZE-Gremien den Vorsitz übernommen. Unter dem Vorsitz Liechtensteins wurde 1990 der Entwurf für die wichtige Einführung zum Dokument der Bonner Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit verfasst. Von 2000-2002 führte unser Botschafter den Vorsitz in der Arbeitsgruppe für Gleichstellungsfragen und begleitete die Verabschiedung des ersten Gender-Aktionsplans durch die OSZE.

2005 machte Liechtenstein gemeinsam mit Island und Armenien Vorschläge zur Verbesserung der Effizienz der Arbeit der Organisation und half dadurch, den Weg für die Ausschussstruktur zu ebnen, die heute noch am Amtssitz der OSZE in Kraft ist.

2013 wird Liechtenstein zum zweiten Mal den Vorsitz im Forum für Sicherheitskooperation übernehmen.

Welche Arbeitsbereiche der OSZE finden Sie besonders wichtig und unterstützenswert?

Es fällt mir schwer, einzelne Teile der Arbeit der Organisation herauszugreifen. Das, was sie einzigartig macht, ist sicherlich der breite Mitgliederkreis und ihr umfassendes Sicherheitskonzept. Am meisten können wir in der menschlichen Dimension beitragen.

Liechtenstein zollt der bedeutenden Arbeit des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten (HKNM), Knut Vollebaeck, großen Respekt. Der HKNM hat wertvolle Empfehlungen zu Minderheitenrechten abgegeben. Seine Bozener Empfehlungen zu nationalen Minderheiten in zwischenstaatlichen Beziehungen sind insofern richtungweisend, als sie die Verantwortung der sogenannten „Kin States“ für ihre in einem anderen Land als Minderheit lebenden Bürger hervorheben. Viele Spannungen zwischen und in Staaten haben ihren Ursprung in Minderheitenfragen, die über Landesgrenzen hinausreichen. Die Bozener Empfehlungen anerkennen das und zeigen, wie solche Spannungen verhindert und entschärft werden können.

Warum ist es wichtig, dass es die OSZE in der heutigen Welt gibt?

Unsere Arbeit ist noch nicht erledigt. Es gibt noch immer ungelöste Konflikte im OSZE-Raum. Wir sind mit neuen Bedrohungen und Herausforderungen an unsere Sicherheit konfrontiert. In einigen Bereichen – insbesondere in der politisch-militärischen und der menschlichen Dimension der Sicherheit – gilt es, unser Instrumentarium anzupassen und die Verpflichtungen zu aktualisieren. Der designierte irische OSZE-Vorsitz hat einen Arbeitsplan vorgeschlagen, den wir unterstützen.

Doyenne des Ständigen Rates

Als dienstälteste Botschafterin bei der OSZE ist Ihre Durchlaucht Prinzessin Maria-Pia Kothbauer, Botschafterin von Liechtenstein, seit 2004 Doyenne des Ständigen Rates. Dieser ist das wichtigste Beschlussfassungsorgan der OSZE und tritt wöchentlich einmal in Wien zusammen. Neben ihren protokollarischen Aufgaben, die die Begrüßung neuer und eine Rede zum Abschied scheidender Botschafter umfasst, wird Botschafterin Kothbauer als erfahrene Diplomatin oft von Ihren Kollegen und Kolleginnen in fachlichen Dingen um Rat gefragt und regelmäßig eingeladen, an Beiräten und Auswahlkommissionen teilzunehmen.



Das Ergebnis einer Selbstbeurteilung, die Internatsschüler im Zuge des Unterrichts in Lebenskompetenzen und beruflicher Lebensplanung vornehmen. Chi in u, Oktober 2011

Hilfsprojekt für gefährdete Kinder in Moldau

„Eine glückliche Familie, Karriere machen, Basketballstar werden“ ... Die Zukunftsvorstellungen von Kindern der neunten Schulstufe, den Teilnehmern eines im September 2011 begonnenen OSZE-Projekts für Kinder in institutioneller Betreuung in Moldau, zeugen vom gleichen naiven Optimismus wie die anderer Gleichaltriger. Anders als bei diesen werden ihre Chancen aber alles andere als gut stehen, wenn sie nach Abschluss ihrer Schulbildung am Ende des Schuljahrs den Weg ins Erwachsenenleben antreten.

Die 94 Kinder aus drei staatlich geführten Internaten in Orhei, Leova und Bender wurden als besonders gefährdete potenzielle Opfer von Menschenhandel ausgewählt. Einige sind Waisen, viele von ihnen wurden aber einfach von ihren Eltern zurückgelassen, als diese nach Russland, Italien oder in die Türkei ausgewandert sind, um dort – meist illegal – zu arbeiten.

Das streng geregelte Internatsleben gibt den Kindern wenig Möglichkeit, Selbstständigkeit oder einen verantwortungsvollen Umgang mit Zeit und Geld zu lernen. Wenn sie aus der institutionellen Betreuung entlassen werden, sind sie mehr schlecht als recht gerüstet, um sich selbst Ziele zu setzen und diese zu verfolgen. Soziale Ausgrenzung und finanzieller Druck wird sie für trügerische Versprechungen von Gleichaltrigen oder sogar Familienmitgliedern über ein leichtes Leben in einem anderen, weit entfernten Land empfänglich machen.

Monaco gab Anstoß zu diesem Projekt in enger Zusammenarbeit mit Andorra, Liechtenstein und San Marino, durch das Kinder beim Verlassen institutioneller Betreuungseinrichtungen eine reelle Chance bekommen sollen. Bei der Planung des gemeinsam finanzierten

Vorhabens arbeiteten die vier Teilnehmerstaaten eng mit der OSZE-Mission in Moldau und dem Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels, Maria Grazia Giammarinaro, zusammen und wurden von den moldauischen Behörden ausgezeichnet unterstützt. Durchführungspartner ist das *Child Rights Information Center (CRIC)*, eine moldauische NGO, dessen Sozialarbeiter jahrelange Erfahrung in der Arbeit mit Kindern aus staatlichen Fürsorgeeinrichtungen haben.

Eine wichtige Komponente des Programms sind mehrtägige Seminare für Lebenskompetenzen, bei denen die Kinder einüben, ein Selbstwertgefühl zu entwickeln und eine berufliche Lebensplanung zu entwerfen. Noch wichtiger für die Kinder ist wahrscheinlich die Begleitung durch einen Mentor. Dabei bekommen diese Jungen und Mädchen das, was sie am meisten brauchen: einen Erwachsenen, dem sie vertrauen können und der ihnen in praktischen Dingen hilft, wie zum Beispiel dabei, ihre persönlichen Dokumente und Unterlagen in Ordnung zu bringen – eine Grundvoraussetzung für die Aufnahme in einer Schule oder weiterbildenden Einrichtung.

Die Kinder erhalten realistische Informationen über illegale Migration und Menschenhandel. Die Sozialarbeiter berichtigen falsche Vorstellungen von den damit verbundenen Gefahren und geben den Kindern die Nummer der Hotline der Organisation für die Bekämpfung des Menschenhandels in Moldau, wo sie anrufen können, wenn sie das Gefühl haben, dass man sie zu täuschen versucht oder dass sie möglicherweise Opfer von Menschenhandel werden.

Eine zweite Gruppe, der dieses Projekt zugute kommt, sind 30 Teenager, die nach Abschluss einer staatlichen Internatsschule bereits in eine berufsbildenden Schule, Handelsschule oder ein Kolleg aufgenommen wurden. Das Projekt kommt für Unterrichtsmaterial, Unterkunft und Lebensunterhalt auf (das Schulgeld übernimmt die Regierung). Trotz der finanziellen Unterstützung ist es für die Schüler schwierig, mit den Anforderungen des Unterrichts und der Diskriminierung durch Mitschüler und Pädagogen fertig zu werden. Auch hier ist die individuelle Betreuung durch die Sozialarbeiter ausschlaggebend dafür, dass die Kinder durchhalten und das Projekt erfolgreich ist. Glücklicherweise wird es dank der großzügigen Finanzierung möglich sein, die Schüler drei Jahre lang in ihrer Ausbildung zu unterstützen.

„Dieses Projekt ist absolut notwendig,“ sagt die Sozialarbeiterin Aurica Nucă, die mit den Schülern in Leova arbeitet. „Wenn es ein Problem gibt, dann lösen wir es gemeinsam, aber ohne eine Bezugsperson hätten viele dieser Kinder die Schule schon längst an den Nagel gehängt.“

Zur Vorstellung der ersten Projektergebnisse am 16. Dezember 2011 in Chişinău wurden auch Lehrer aus den von den Kindern besuchten Bildungseinrichtungen und Regierungsvertreter eingeladen, um auf die schwierige Situation der Kinder nach Verlassen der institutionellen Betreuung aufmerksam zu machen. Das CRIC ermutigt Berufsausbildungseinrichtungen dazu, sein Unterstützungsmodell für Lebenskompetenzen in den Lehrplan aufzunehmen, damit auch andere Schüler davon profitieren können.

Eine der effizientesten Methoden zur Optimierung der Vorteile des Projekts erfolgt über die jungen Menschen selbst, denen das Projekt zugute kommt. „Es wird ihnen geraten, in ihre persönliche Entwicklung zu investieren, sich Ziele zu setzen und diese konsequent zu verfolgen, selbstverantwortlich zu entscheiden und ihre Meinung zu sagen“, erklärt Alberto Andreani, der das Projekt vom Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels aus leitet. „Sie werden bewirken, dass sich Gleichaltrige, Verwandte und Familienangehörige das Verhalten, das sie gelernt haben, zum Vorbild nehmen.“



Wiener Dokument 2011

Errungenschaften und Aussichten für weitere Aktualisierungen

von Pierre vonArx

Das Wiener Dokument 2011, eine Neufassung der grundlegenden militärischen vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen der OSZE (VSBMs), die das Wiener Dokument 1999* ersetzt, wurde am 20. November 2011 vom Forum für Sicherheitskooperation (FSK) verabschiedet und trat am 1. Dezember in Kraft. Seine Verabschiedung ist ein deutliches politisches Signal, das einen Fortschritt in der politisch-militärischen Dimension der OSZE Fortschritte anzeigt. Damit wurde der Stillstand überwunden, der die Bemühungen des FSK um eine Modernisierung der VSBMs elf Jahre lang gelähmt hatte; und sie stellt auf positive Weise die Fähigkeit der Teilnehmerstaaten unter Beweis, wichtige politisch verbindliche Verpflichtungen zu verhandeln und zu adaptieren, ohne sie mit anderen kontroversen politischen Themen – wie Langzeitkonflikten

* Einen allgemeinen Überblick über das Wiener Dokument gibt der Artikel „Ein Neubeginn für das Wiener Dokument“ von Oberst Wolfgang Richter in der Ausgabe 4/2010 des OSZE-Magazins.

oder die Pattsituation rund um den Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) – zu verknüpfen. Es könnte der Beginn eines umfassenden Prozesses zur Anpassung der bestehenden politisch-militärischen Vereinbarungen der OSZE an die politisch-militärischen Gegebenheiten der Gegenwart und Zukunft sein.

Über eine rein technische Aktualisierung hinaus enthält das Wiener Dokument 2011 auch Elemente, die tief greifende politische Auswirkungen haben, insbesondere die politisch verbindliche Bestimmung, dass das Dokument regelmäßig einer Neubewertung zu unterziehen und mindestens alle fünf Jahre neu herauszugeben ist. In der neuen Einleitung bekennen sich die Teilnehmerstaaten ausdrücklich zum politischen Erbe der von 1984 bis 1986 abgehaltenen Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa sowie allen späteren maßgeblichen abschließenden KSZE/OSZE-Dokumente.

Ein 2007 nach dem Wiener Dokument 1999, dem Vorgänger des Wiener Dokuments 2011, von der Schweiz und Finnland durchgeführter Überprüfungsbesuch in Rumänien

VOM OSZE-GIPFEL 2010 ZUM MINISTERRAT 2011

Einen wichtigen Anstoß erhielt die Arbeit des FSK an der Aktualisierung des Wiener Dokuments auf dem OSZE-Gipfel 2010 in Astana. Die Staats- und Regierungschefs der OSZE verliehen ihrem politischen Willen Ausdruck, das Vertrauen in die politisch-militärische Dimension wieder herzustellen, und riefen die Teilnehmerstaaten zur Zusammenarbeit im Geiste der Offenheit und zur Förderung der Zusammenarbeit durch den Aufbau von Verständnis füreinander auf. Das Schlussdokument des Gipfeltreffens mit dem Titel „Gedenkerklärung von Astana – Auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft“, enthält mehrere Elemente die politisch-militärische Dimension betreffend. Absatz 8 gilt der Rüstungskontrolle und VSBMs und lautet wie folgt: „Die Regime zur konventionellen Rüstungskontrolle und zur Vertrauens- und Sicherheitsbildung sind und bleiben wichtige Instrumente zur Gewährleistung von militärischer Stabilität, Berechenbarkeit und Transparenz und sollten mit neuem Leben erfüllt, aktualisiert und modernisiert werden. Wir messen der Arbeit des Forums für Sicherheitskooperation große Bedeutung bei und sehen der Überarbeitung des Wiener Dokuments 1999 mit Interesse entgegen.“

Das FSK verabschiedete im Laufe der Jahre 2010 und 2011 neun Beschlüsse zum Wiener Dokument, die ins Wiener Dokument 2011 übernommen wurden. Die Verhandlungen waren ein Beweis für die Fähigkeit des Forums, sich nicht von politischen Differenzen vereinnahmen zu lassen, und für die Fähigkeit jedes einzelnen der 56 Teilnehmerstaaten, alle Kräfte für einen Konsens in der politisch-militärischen Dimension aufzubieten.

Auf dem Ministerrat von Wilna 2011 konnten die Teilnehmerstaaten dann auch alle drei vom FSK ausgearbeiteten Beschlüsse verabschieden – anders als in den anderen Dimensionen der Arbeit der OSZE, in denen ihre Bemühungen um einen Konsens nicht so erfolgreich waren. Der Beschluss des Ministerrats über für das Forum für Sicherheitskooperation relevante Fragen (MC.DEC/7/11) zeigt sich daher „erfreut über die Intensivierung der Verhandlungen zur Aktualisierung und Modernisierung des Wiener Dokuments und den auf der FSK-Sondersitzung 2011 verabschiedeten Beschluss zur Neuauflage des Wiener Dokuments“. In der Präambel bekräftigen die Teilnehmerstaaten unter anderem auch, dass sie „sicherstellen werden, dass ihre im Forum unternommenen Bemühungen, die Rüstungskontrolle, Abrüstung, Vertrauens- und Sicherheitsbildung, Sicherheitskooperation und Konfliktverhütung voranzubringen, kohärent und miteinander verknüpft sind und einander ergänzen“. Im eigentlichen Beschlussteil wird das FSK damit beauftragt, „weitere Impulse für Verhandlungen über die Aktualisierung und Modernisierung des Wiener Dokuments über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen mit dem Ziel zu setzen, die militärische Stabilität, Transparenz und Vorhersehbarkeit für alle Teilnehmerstaaten zu erhöhen“.

ERRUNGENSCHAFTEN DES WIENER DOKUMENTS 2011

Wie bereits erwähnt, enthält das Wiener Dokument 2011 eine Bestimmung, die vorschreibt, dass es regelmäßig mindestens alle fünf Jahre einer Beurteilung und Neuaufnahme unterzogen wird. Darüber hinaus enthält es eine neue

Einleitung. Wichtig ist auch, dass alle Änderungsbeschlüsse zum Dokument am Tag ihrer Verabschiedung in Kraft treten – sofern nichts anderes festgelegt ist – und alle entsprechenden Bestimmungen des bisherigen Wiener Dokuments ersetzen.

Neben anderen Verbesserungen erleichtert und verbessert das Wiener Dokument 2011 einige Verfahren für Inspektionen, Überprüfungsbesuche und Kontakte. Eine Liste der Themen und Informationen, die in die durch die Kommandanten/Kommandeure oder diensthabenden Kommandanten/Kommandeure im Zuge von Überprüfungsbesuchen und Inspektionsaktivitäten zu erteilenden Einweisungen aufgenommen werden können, soll deren Qualität verbessern. Aktualisiert wurden auch die Modalitäten für die Besuche von Militärflugplätzen, die Mehrzweckangriffshubschrauber oder Spezialangriffshubschrauber abfertigen. Es können nunmehr auch Vorführungen neuer Typen von Hauptwaffensystemen und Großgerät vor deren offizieller Indienststellung veranstaltet werden, um diese mit anderen Veranstaltungen kombinieren und dadurch Kosten sparen zu können. Die Genauigkeit der Koordinaten der Truppenformationen an ihren Friedensstandorten wurde ebenfalls vereinheitlicht. Und schließlich sollen die Teilnehmerstaaten beim Ersuchen um und der Durchführung von Inspektionen und Überprüfungsbesuchen die offiziellen nationalen und religiösen Feiertage des Empfangsstaats berücksichtigen.

SCHLÜSSELELEMENTE FÜR DIE WEITERE MODERNISIERUNG

Die Aktualisierung des Wiener Dokuments ist ein fortlaufender Prozess, der Ende 2010 begann und in den kommenden Jahren mit der Auseinandersetzung mit substantielleren Elementen weitergehen wird. Mit zunehmender strategischer Relevanz der behandelten Fragen wird es noch größerer Bemühungen und Umsicht sowie eines noch größeren Einfallsreichtums, eingehender Erörterungen und umfassender Verhandlungen bedürfen.

Einige Teilnehmerstaaten scheinen an die Verhandlungen über die weitere Modernisierung des Wiener Dokuments unter dem Eindruck der Ungewissheit in Bezug auf den KSE-Vertrag heranzugehen. Für andere spielen nationale Einzelinteressen eine wichtige Rolle. Zweifellos ist das Sicherheitsumfeld, sind die Prioritäten und strategischen Erfordernisse von Teilnehmerstaat zu Teilnehmerstaat verschieden. Diese Gegebenheiten werden sich auf die Modernisierung des Wiener Dokuments auswirken. Der Ruf nach Offenheit und Kooperationsbereitschaft, der von den Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfeltreffen von Astana erging, gewinnt zunehmend an Bedeutung. Jeder Teilnehmerstaat wird sich bemühen müssen, die Besonderheiten der anderen zu verstehen. Es kann auch der beste Vorschlag nicht verabschiedet werden, wenn nicht alle Teilnehmerstaaten seine Werte teilen, und sie allen 56 zugute kommen.

Insgesamt wurden bisher rund 18 Vorschläge zur weiteren Aktualisierung des Wiener Dokuments veröffentlicht oder werden gegenwärtig im FSK behandelt. Dabei zeichnen sich im Wesentlichen zwei Entwicklungen ab.

Die meisten der zur Zeit erwogenen Vorschläge zielen auf eine Verbesserung der derzeitigen Umsetzung des Wiener Dokuments ab. Sie wollen die Wirksamkeit des Wiener

Dokuments im Hinblick auf die Verminderung des Risikos groß angelegter militärischer Offensiven erhöhen und konzentrieren sich auf die eher statischen Aspekte der Vorbereitung der Streitkräfte.

So liegen etwa Vorschläge zur Erhöhung der Inspektionsquoten, zur internationalen Besetzung der Inspektionssteams und zur Senkung der Schwellen für die vorherige Ankündigung und die Beobachtung militärischer Übungen und ungewöhnlicher Aktivitäten vor. Die derzeit geltenden Schwellen entsprechen noch immer den Verhältnissen von 1992, dem Zeitpunkt der letzten zahlenmäßigen Aktualisierung ohne Berücksichtigung der Verringerung der Truppen und Hauptwaffensysteme in Europa. Durch eine Anpassung der Schwellen würde das Wiener Dokument wesentlich wirksamer als strategisches Frühwarnungsinstrument funktionieren können.

Ein zweites Bündel von Vorschlägen zielt darauf ab, den Geltungsbereich des Wiener Dokuments um weitere VSBMs zu erweitern, die auf die dynamischeren Aspekte der Vorbereitung der Streitkräfte eingehen sollen. Diese neuen Bestimmungen würden der zunehmenden strategischen Bedeutung der militärischen Mobilität Rechnung tragen und damit das Risiko einer Fehleinschätzung in Bezug auf den Gebrauch militärischer Fähigkeiten reduzieren.

Im Wiener Dokument sind schon einige Elemente enthalten, die auf die Dynamik der Vorbereitung der Kräfte abzielen. So sind die Teilnehmerstaaten zum Beispiel gehalten, den Einsatz militärischer Kräfte außerhalb ihres Friedensstandortes anzukündigen, wobei derartige Aktivitäten der Beobachtung unterliegen können, wenn in ihrem Zuge Truppen und Hauptwaffensystemen überschritten werden. Kapitel IX, das die Möglichkeit zur Durchführung von Inspektionen vorsieht, ist ebenfalls ein wichtiges Instrument für die Überprüfung dynamischer militärischer Aktivitäten.

Zu den vorgeschlagenen neuen Elementen zählen die Ankündigung eines militärischen Transits in großem Umfang, die Ankündigung der militärischen Aktivitäten multinationaler schneller Eingreifkräfte und der Informationsaustausch über Seestreitkräfte.

Die Verbesserung der derzeitigen Umsetzung und die Einführung neuer VSBMs ergänzen einander, beide werden für eine Modernisierung des Wiener Dokuments erforderlich sein. Bei der Prüfung der einzelnen Vorschläge durch die Teilnehmerstaaten wird es wichtig sein, die Entwicklung im Bereich der Militärdoktrin, die technische Modernisierung der militärischen Ausrüstung und die Verkleinerung der meisten Streitkräfte zu berücksichtigen und eine Bewertung der militärischen Fähigkeiten vorzunehmen.

Etliche Delegationen äußerten sich dahin gehend, dass sich die zunehmende Beschränkung der finanziellen und personellen Ressourcen auf die Modernisierung des Wiener Dokuments auswirken wird. Daher sollten diese Faktoren eingehend und umfassend erwogen werden. Die meisten Teilnehmerstaaten betonten jedoch auch, dass die vollständige Umsetzung der bereits auf dem Gebiet der VSBMs eingegangenen Verpflichtungen auf Treu und Glauben wichtig sei, da ein Fehlen wirksamer Vertrauens- und Verifikationsmechanismen und ein Ersatz dafür wesentlich teurer kämen. Einfache kostensenkende Maßnahmen der Teilnehmerstaaten könnten dazu beitragen, die mit der Umsetzung des Wiener Dokuments 2011 verbundene

Belastung zu verringern.

Nach wie vor von besonderem Interesse ist die Verbesserung der Nutzung des Wiener Dokuments für Krisensituationen sowie seiner einschlägigen Bestimmungen betreffend Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenmanagement. Derzeit werden zwei Vorschläge für besondere OSZE-Inspektionen geprüft und nach wie vor stehen wichtige Fragen bezüglich Mandat und Beschlussfassungsprozess zur gründlichen Prüfung an. Der Meinungs-austausch und inhaltliche Erörterungen zu diesem Thema – eine zentrale politische Frage im Hinblick auf die Modernisierung des Wiener Dokuments – müssen fortgesetzt werden.

SCHLUSSFOLGERUNG

Gegenüber den anderen konventionellen Rüstungskontrollregimen hat das Wiener Dokument den Vorteil, dass es für alle 56 Teilnehmerstaaten der OSZE politisch verbindlich ist. Seit der Verabschiedung seiner ersten Fassung im Jahre 1990 erwies sich das Wiener Dokument als wohl ausgewogenes Instrument, das einen hohen Implementierungsgrad aufzuweisen hat. Es kann als Erfolg bezeichnet werden. Im vergangenen Jahr haben die Teilnehmerstaaten ein gutes Verhandlungsklima geschaffen, indem eine künstliche Verknüpfung mit anderen politischen Auseinandersetzungen vermieden und der Tatsache Rechnung getragen wurde, dass innerhalb der OSZE-Sicherheitsgemeinschaft die Prioritäten, Sicherheitsverhältnisse und strategischen Erfordernisse von Teilnehmerstaat zu Teilnehmerstaat unterschiedlich sein können.

Das Wiener Dokument 2011 stellt die erste konkrete Errungenschaft im derzeit laufenden Prozess zur Überprüfung, neuerlichen Bestätigung und Neubelebung der VSBMs der OSZE dar. Dieser Prozess wird in den kommenden Jahren mit substanzielleren Fragen fortgesetzt werden, sowohl was die Verbesserung der aktuellen Implementierungsmodalitäten als auch die Entwicklung neuer VSBMs anbelangt. Eingehende Erörterungen und kluge Verhandlungen, deren Ziel es ist, den VSBMs größere Relevanz zu verleihen, werden durch mehr Transparenz und Berechenbarkeit und die Möglichkeit der Frühwarnung eine Neuausrichtung des Wiener Dokuments bringen – und es zu einem modernen strategischen Instrument und einem wesentlichen Beitrag zu unserer gemeinsamen und unteilbaren Sicherheit machen.

Pierre vonArx, diplomatischer Berater und Leiter der sicherheitspolitischen Delegation der schweizerischen OSZE-Delegation, ist Koordinator des FSK-Vorsitzes für das Wiener Dokument. Seit 2010 stellt die Schweiz dem FSK-Vorsitz einen Koordinator für das Wiener Dokument zur Verfügung.



Am Rande der zivilgesellschaftlichen OSZE-Mittelmeerkonferenz am 4. Dezember 2011 in Wilna (Litauen) (OSCE/Velimir Alic)

Der Übergang zur Demokratie in Nordafrika

Zivilgesellschaftliche OSZE-Mittelmeerkonferenz in Wilna

von Ruben Diaz-Plaja

„Wir leben zwar in verschiedenen Ländern, sind jedoch mit den gleichen Problemen konfrontiert“, erklärte der Tunesier Aschraf Aouadi in der Eröffnungsrede der OSZE-Konferenz zum Thema „Der Übergang zur Demokratie in Nordafrika“, am 4. Dezember 2011, unmittelbar vor dem OSZE-Ministerratstreffen 2011. Aouadi leitet die tunesische Antikorruptions- und Wahlbeobachtungsgruppe *I Watch*, eine der vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die als treibende Kraft hinter dem gesellschaftlichen Umbruch stehen, der seit vergangem Jahr die Mittelmeerregion erfasst hat. „Wir hätten kapitale Fehler gemacht, wenn wir nicht die Chance gehabt

hätten, aus den Erfahrungen anderer zu lernen“, erläuterte er.

Diese vom litauischen Vorsitz und dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) veranstaltete Konferenz sollte Aktivisten aus den Ländern der OSZE-Partner im Mittelmeerraum Gelegenheit zum Austausch mit ähnlichen Gruppen aus der OSZE-Region geben, wo die Organisation umfassende Erfahrungen in der Unterstützung demokratischer Übergangsprozesse sammeln konnte. „Unser Ziel war es, die Vernetzung und Bildung von Partnerschaften zwischen Vertretern der Zivilgesellschaft beiderseits des Mittelmeeres zu fördern“, erläuterte der

stellvertretende Direktor des BDIMR, Douglas Wake.

Das dringende Bedürfnis nach einem Austausch von Erfahrungen und Anliegen, das die über 80 Teilnehmer auf der zweitägigen Konferenz befriedigen konnten, war Gradmesser für die Intensität des Wandels, den die Gesellschaften im Mittelmeerraum derzeit erleben. Offizielle Aussprachen – in drei Arbeitsgruppen über Good Governance bei Wahlen, politische Teilhabe und Justiz- und Rechtsreform sowie in einer Nebenveranstaltung zu Toleranz und Nichtdiskriminierung – gingen nahtlos in einen informellen Austausch im Rahmen der Ausstellung der Zivilgesellschaft über, bei der die einzelnen Gruppen ihre Projekte präsentierten.

Die Teilnehmer beklagten die Schikanen und anderen Behinderungen, denen zivilgesellschaftliche Wahlbeobachter häufig ausgesetzt sind. Sie waren sich darin einig, dass eine strenge unparteiische Kontrolle für die Integrität von Wahlprozessen unverzichtbar ist, und appellierten an die OSZE, Ausbildungsprogramme für zivilgesellschaftliche Wahlbeobachter in den Ländern der Mittelmeerpartner auszuarbeiten, damit diese professioneller agieren und auf manche Behinderungen besser reagieren können.

Sehr oft sind Frauen, Jugendliche und sozial Benachteiligte die Vorkämpfer gesellschaftlicher Veränderungen, doch sobald es um die politische Teilhabe geht, werden sie systematisch ausgegrenzt. „Die Frauen in den ehemaligen sozialistischen Ländern gingen davon aus, dass der Übergang zur Demokratie ihnen automatisch Chancengleichheit im politischen Entscheidungsprozess bringen würde, was jedoch keineswegs der Fall war“, hob Sonja Lokar aus Slowenien hervor. Um die Bürger stärker in die Staatsführung einzubinden, empfahlen die Konferenzteilnehmer, Frauenplattformen und soziale Medien kreativ zu nutzen, und Jugendliche durch Jugendparlamente, internationale Austauschprogramme oder die Ausbildung von Führungskräften ins politische Leben einzubinden.

Damit demokratische Veränderungen fest verankert werden, muss das Rechts- und Justizwesen reformiert werden. Beide sollten auf einem „partizipatorischen, inklusiven und transparenten Ansatz“ beruhen, forderten die Aktivisten der Zivilgesellschaft. Sie unterstrichen die Bedeutung einer unabhängigen Richterschaft und legten dem BDIMR nahe, Ausbildungsveranstaltungen über Menschenrechtsnormen und Prozessbeobachtung zu organisieren, die sie für das wichtigste Instrument zur Bewertung von Reformen des Justizwesens in Ländern im demokratischen Umbruch halten.

Nach einer zündenden Abschiedsrede von Aschraf Aouadi im Schlussplenum wurden die von den Konferenzteilnehmern ausgearbeiteten Empfehlungen dem Amtierenden Vorsitzenden der OSZE 2011, dem litauischen Außenminister Audronius Ažubalis, übermittelt, der sie den OSZE-Außenministern zur Prüfung im Rahmen ihres jährlichen Treffens am 6. und 7. Dezember weiterleitete. Der Ministerrat der OSZE verabschiedete einen Beschluss über die Ausweitung des Dialogs, die Intensivierung politischer Konsultationen, die Stärkung der praktischen Zusammenarbeit und den weiteren Austausch von Erfahrungen und vorbildlichen Methoden mit den OSZE-Kooperationspartnern.

Ruben Diaz-Plaja ist Referent für demokratische Staatsführung im Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE (BDIMR).

Eine vom BDIMR am 26. Januar 2012 veröffentlichte Zusammenfassung der Erörterungen kann zusammen mit den auf der Zivilgesellschaftlichen OSZE-Mittelmeerkonferenz in Wilna verabschiedeten Empfehlungen über die öffentliche OSZE-Website eingesehen werden.

Beschlüsse zu den Kooperationspartnern der OSZE

Die OSZE-Teilnehmerstaaten beschlossen auf dem Ministerratstreffen in Wilna 2011, ihr Engagement für die Kooperationspartner zu verstärken. Der Beschluss über die Kooperationspartner (MC.DEC/5/11) ermutigt die Durchführungsorgane der OSZE, eine handlungsorientierte Zusammenarbeit mit den Partnerländern aufzunehmen und lädt die Partner ein, verstärkt an den OSZE-Aktivitäten teilzunehmen. Er beauftragt den Generalsekretär, mögliche Optionen für eine weitere Zusammenarbeit zu sondieren und dem Ständigen Rat diesbezüglich Vorschläge zu unterbreiten.

Die OSZE hat sechs Kooperationspartner im Mittelmeerraum – Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Marokko und Tunesien – und sechs Kooperationspartner in Asien – Afghanistan, Australien, Japan, die Mongolei, die Republik Korea und Thailand.

Die Mongolei möchte Teilnehmerstaat der OSZE werden

Die Mongolei, seit 2004 ein asiatischer Kooperationspartner, hat den Antrag gestellt, Teilnehmerstaat der OSZE zu werden. Der Beschluss über den Antrag der Mongolei auf Zuerkennung des Status eines Teilnehmerstaats (MC.DEC/12/11), der ebenfalls auf dem Ministerratstreffen in Wilna verabschiedet wurde, begrüßt den Antrag der Mongolei und beauftragt den designierten Vorsitz, sich bei erster Gelegenheit weiter mit diesem Ersuchen zu befassen. „Die Mongolei ist an der Aufnahme in die OSZE-Völkerfamilie interessiert, deren Ziel der Aufbau einer Sicherheitsgemeinschaft im riesigen eurasischen Raum und die Förderung der Zusammenarbeit in allen drei Aktivitätsbereichen ist“, sagte der mongolische Außenminister, Gombojaw Sandanschatar in seiner Rede vor dem Ministerrat. Als Beitrag zur Arbeit der OSZE war die Mongolei im Juni 2007 und Mai 2011 Gastgeber von zwei Konferenzen in Ulan Bator über die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und ihren asiatischen Partner. Derzeit bereitet sie sich darauf vor, die OSZE in ihrem Engagement für Afghanistan, einen weiteren asiatischen Kooperationspartner, zu unterstützen, indem sie ab Mitte April eine Ausbildung für afghanische Diplomaten der mittleren Ebene abhält.

Berichte der Konferenzteilnehmer

Vertreter von NGOs aus den Partnerländern der OSZE im Mittelmeerraum geben am Rande der Diskussionen im Rahmen der Zivilgesellschaftlichen OSZE-Mittelmeerkonferenz in Wilna Auskunft über ihre Arbeit und ihre Vorstellungen von einem potenziellen Engagement der OSZE in ihrer Region.

Hany Ibrahim, Direktor des *Resources for Development Centre* (Ägypten)

„Meine Gruppe, das *Resources for Development Centre*, ist ein unabhängiger regionaler *Think Tank* für Ägypten, Libyen und Marokko, der sich für die Förderung einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung einsetzt. Wir haben 2009 als ein Team von rund 50 Studenten und Universitätsabsolventen, die sich den Kampf gegen Korruption zur Aufgabe machten, begonnen. Zu Beginn mussten wir erst einmal herausfinden, wie man an verlässliche Daten kommt, was eine wichtige Voraussetzung für jede Art von Forschungsarbeit ist. Heute verfügen wir über ein gut funktionierendes Internetportal für Korruptionsbekämpfung, über das jeder korrupte Praktiken melden kann. Mittlerweile beschäftigen wir uns aber auch noch mit anderen Fragen. Derzeit sind wir allein in Ägypten mit rund 300 NGOs vernetzt und verfolgen ein umfassendes Programm zur Einbindung Jugendlicher.

Für mich ist diese Konferenz deshalb interessant, weil Minderheiten- und Bürgerrechte den Schwerpunkt bilden. Bürger zu sein heißt für mich, als Individuum alle Rechte zu genießen und der gesamten Gemeinschaft gegenüber verantwortlich zu sein, gleichgültig, welcher politischen oder religiösen Gruppierung man angehört. Ich bin Christ, wie rund acht bis neun Millionen Ägypter; wir stellen rund zehn Prozent der Bevölkerung. Für mich zählt, dass wir alle Bürger sind. Wenn ich als Bürger handle, handle ich als Ägypter. Ich kann davon träumen, eines Tages Präsident zu sein oder eine hohe staatliche Position zu erreichen, doch zugleich ist mir bewusst, dass ich Verantwortung für die Sicherheit und das Wohl der ganzen Gemeinschaft trage, in der alle Ägypter gleich viel wert sind und dieselben Rechte haben.

In der Vergangenheit war immer eine einzige Partei an der Macht, und die Tatsache, dass es keine Alternative gab, wirkte sich auch negativ auf unseren Alltag aus. Zum ersten Mal in der Geschichte Ägyptens können wir aus mehreren Möglichkeiten wählen, es gibt einen Wettbewerb. Bei den Wahlen haben die Islamisten die Mehrheit der Stimmen erhalten. Wir sollten ihr Ergebnis unvoreingenommen beurteilen. Wir müssen beobachten, auf alle Gruppen der Bevölkerung zugehen, sie über ihre Rechte und darüber aufklären, wie sie die Leistungen der neuen Regierenden kontrollieren können. Die Islamisten müssen der Gesellschaft zeigen, dass sie ohne Diskriminierung für alle Menschen eintreten; ich bin überzeugt, dass sie nicht wiedergewählt werden, wenn sie das nicht tun.“



Marwa Mohamed Issa Mohamed, Vorsitzende des Vorstandes der *Ambition Association for the Rights of Persons with Disabilities, Sustainable Development and Training* (Ägypten)

„Unsere Organisation ist ganz neu, sie wurde erst in diesem Jahr gegründet. Wir setzen uns in vier oberägyptischen Städten für Chancengleichheit und die Rechte von Menschen mit Behinderung ein – in Sud, Sohag (von wo ich komme), Qena und Aswan. In Oberägypten herrschen für auf Frauen strenge Sitten und Bräuche: Sie gehen generell nicht unbegleitet auf die Straße und reisen auch nicht alleine; ich bin eigentlich eine Ausnahme: meine Familie ließ mir viel Freiheit. Ich lebe allein, meine Tanten und Cousinen ermutigten mich dazu, ins Ausland zu reisen und über Menschen mit Behinderung zu sprechen.

Nach meiner Rückkehr nach Ägypten werde ich Kurse für Menschen mit Behinderung, insbesondere für Frauen, abhalten und an sie weitergeben, was ich hier bei dieser Konferenz gelernt habe, ihnen klarmachen, dass sie an Wahlen teilnehmen müssen. Jeder muss teilnehmen, ganz besonders Frauen mit Behinderung. Wir haben dieselben Rechte wie Menschen ohne Behinderung und das Recht auf Teilhabe.

In Ägypten gibt es kein Gesetz zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderung. Wir haben einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet und warten darauf, dass er vom neuen Parlament verabschiedet wird. Das Gesetz wird Menschen mit Behinderung die Ausübung ihrer Rechte ermöglichen: das Recht, überall zu arbeiten, zu heiraten, eine Wohnung zu besitzen, das Recht auf für sie zugängliche Verkehrsmittel. In Ägypten gibt es 15 Millionen Menschen mit Behinderung. Wir sind viele.“

Scherifa Cheddar, Präsidentin von *Djazairouna, Association of Families of Victims of Terrorism* (Algerien)

„Ich habe die Organisation *Djazairouna*, das heißt „Mein Algerien“, gegründet, um gegen den Terrorismus zu kämpfen, der in den 1990er Jahren in Algerien über 100.000 Menschenleben forderte und mir Bruder und Schwester, Onkel und Mann genommen hat. Ich bin auch Präsidentin des internationalen Verbandes der Vereinigungen der Terrorismusopfer und Sprecherin der Beobachtungsstelle für Gewalt gegen Frauen.

Wir sehen uns als Fürsprecher der Opfer. Wir organisieren Kampagnen, die die Öffentlichkeit auf die Rechte der Opfer aufmerksam machen sollen, und bieten praktische und psychologische Hilfe, insbesondere für Frauen und Kinder, an.

Ich nehme zum zweiten Mal an einer OSZE-Konferenz teil. 2008 war ich schon bei der OSZE-Mittelmeerkonferenz in Amman (Jordanien), zu der ich eingeladen wurde, um den Vertretern der OSZE-Teilnehmerstaaten über unsere Erfahrungen mit Übergangsjustiz und Gleichberechtigung von Frauen zu berichten.

Für mich ist es ganz wichtig, der OSZE und unseren zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen verständlich zu machen, dass Demokratie nicht nur Wahlen bedeutet. Wahlen sind die Krone der Demokratie. Die eigentliche Demokratie, ihre Grundlage, ist das Recht auf Vereinigungs-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit – zuvorderst aber das Recht, seine Meinung gegenüber jenen, die eine Religion wie den Islam für ihre politischen Zwecke vereinnahmen, sie also politisieren, frei zu äußern. Wenn die grundlegenden Elemente einer Demokratie fehlen, wenn ich im Namen Gottes beschimpft werde und nicht das Recht habe, mich dagegen zu wehren – wie kann da von Mitsprache die Rede sein?

Der Arabische Frühling war ursprünglich eine Bewegung, die vor allem von der Jugend und von Frauen getragen wurde. Aber wer fährt die Ernte ein? Wer hat die Ernte in unserem Land eingefahren? Mit dieser Frage müssen sich die OSZE und unsere zivilgesellschaftlichen Partner auseinandersetzen.“



Abdelah Benhssi, Präsident des *Centre of the South for the Development of Dialogue and Citizenship* (Marokko)

„Unsere Organisation ist in drei großen Bereichen tätig – Kommunalentwicklung, Dialog und Staatsbürgerschaft –, mit dem Ziel, Toleranz zu fördern. Wir arbeiten mit der Zivilgesellschaft und dem Staat, am wichtigsten ist uns aber unsere Arbeit mit den jungen Menschen an den Oberschulen und Universitäten, denn dort ist die Keimzelle des Extremismus. Erst vor Kurzem haben wir für Experten, Pädagogen und Journalisten eine Konferenz in kleinem Rahmen zur Frage abgehalten, wie man das Thema Holocaust in die Schullehrpläne in Marokko einbauen könnte. Manche reagierten eher ablehnend, doch insgesamt waren wir mit den Ergebnissen sehr zufrieden.

Wenn wir über Staatsbürgerschaft sprechen, dann wollen wir den Menschen vermitteln, dass man als Staatsbürger Marokkos zugleich auch Jude, Berber, Araber, Moslem oder Christ sein kann. Der Begriff „marokkanischer Staatsbürger“ umfasst alle Teile der marokkanischen Gesellschaft. Es wird immer Menschen geben, die ganz anders als ich und trotzdem marokkanische Staatsbürger sind, die wir ausschließlich unter diesem Aspekt sehen sollten – und als nicht anderes.

Die OSZE hat heute die einmalige Chance, zum Umbruch in den Mittelmeerländern beizutragen. Die Bürger haben sich für Freiheit und Demokratie erhoben, und ich persönlich denke, dass die Zukunft viele positive Entwicklungen bringen wird, vor allem in Tunesien und Marokko. Zurzeit allerdings erleben wir, dass diese Länder von ethnisch und religiös motivierten Hassdiskursen nachgerade überschwemmt werden. Daher meine Bitte an die OSZE: Könnte sie sich nicht verstärkt für den Demokratisierungsprozess im südlichen Mittelmeerraum engagieren? Unsere Bitte richtet sich nicht nur an die OSZE, sondern auch an andere europäische Organisationen. Die Zusammenarbeit müsste nicht nur zwischen Staaten sondern könnte auch direkt zwischen den Zivilgesellschaften erfolgen, um den Prozess auf diese Art und Weise anzustoßen. Die großen Herausforderungen unserer Zeit werden nämlich von der Zivilgesellschaft und nicht von ehemaligen Diktatoren aufgenommen.“

Mohammed Hussainy, Direktor des *Identity Centre* (Jordanien)

„Das *Identity Centre* ist eine unabhängige zivilgesellschaftliche Organisation mit Sitz in Amman; ihr Ziel ist eine Welt, in der es in der Hand der Menschen selbst liegt, ihre Identität und ihr Schicksal zu bestimmen. Wir glauben an Transparenz, Zusammenarbeit, den freien Austausch von Ideen und Informationen, das Lernen von anderen Kulturen, die Gleichstellung der Geschlechter, mehr Rechenschaftspflicht und soziale Gerechtigkeit. Wir gehen auf andere zu und wollen durch Interessenvertretung, Schulung, Monitoring und Forschung den Menschen die volle Teilhabe an der politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklung ermöglichen. Alleine oder als Partner lokaler, regionaler und internationaler Organisationen führt das Zentrum Projekte in Jordanien sowie im Nahen Osten und in Nordafrika durch.

Die Teilnahme an dieser OSZE-Konferenz hat unserem Geschäftsführer und mir viel gebracht. Wir haben an zwei Arbeitsgruppen teilgenommen, deren Themen direkt mit unserer Arbeit zu tun hatten – politische Teilhabe und nachahmenswerte Wahlpraktiken –, und die dabei ausgetauschten Erfahrungen haben uns wertvolle Anregungen für unsere Arbeit im Zentrum geliefert.

In Jordanien werden 2012 wichtige Wahlen stattfinden. Zum ersten Mal in unserer Geschichte wird es einen unabhängigen Wahlausschuss geben, der seit der Verfassungsänderung zu Jahresanfang zwingend vorgeschrieben ist. Darüber hinaus haben wir eine neue Wahlordnung für die Parlaments- und Kommunalwahlen. Als Mitglieder der Zivilgesellschaft Jordaniens setzen wir uns für demokratische Gesetze und für das uneingeschränkte Recht ein, alle Wahlveranstaltungen zu beobachten.

Die Erfahrung und das Netz der OSZE sind hier sehr wichtig. Die OSZE könnte uns dabei helfen, indem sie unserem neuen Wahlausschuss bei den Wahlen Hilfestellung leistet und jordanische Wahlbeobachter ausbildet. Ich bin sicher, das würde – zumindest auf technischer Ebene – die Bemühungen der jordanischen Zivilgesellschaft unterstützen, deren Ziel die Abhaltung transparenter Wahlen ist.“



Aschraf Aouadil, Gründer von *I Watch* (Tunesien)

„Wir gründeten *I Watch* nach der Revolution in Tunesien, um Transparenz zu fördern und die Korruption zu bekämpfen. Während der Wahlen bemühten wir uns sehr um die Erziehung der Wähler. Dabei setzten wir unter anderem Rap-Musik ein. Es war eines unserer Mittel, um die Menschen mit unserer Botschaft zu erreichen, die lautete: „Geht zur Wahl!“ Wir traten auf öffentlichen Plätzen und auf dem Land auf, wo die Menschen nicht so gut informiert sind, um ihnen das Verfahren, zum Beispiel die Verwendung der Tinte, zu erklären. Manche wussten nicht, wozu die Tinte gut sei, anderen glaubten, wenn sie ihren Finger in die Tinte tauchten, bedeute das, dass man ihnen misstraut. Wir klärten sie also darüber auf, dass das Verfahren nicht gegen einzelne Personen gerichtet und es überhaupt kein Problem ist.

Zuerst war es nur eine Revolution in Tunesien, aber als sich die Dinge auch in Ägypten zu bewegen begannen, hatten wir das Gefühl, Vorbild sein zu müssen; wir schickten also einige Leute nach Ägypten, wo sie über unser Erfahrungen, vor allem aber über die Fehler, die wir gemacht hatten, berichten sollten. Und jetzt führen wir auch Brainstorming mit Leuten aus Libyen, hauptsächlich über Skype, durch.

Ich habe meine Rede heute mit folgenden Worten begonnen: ‚Ich habe einen Traum, in dem ich Sie alle bei unserer nächsten Konferenz in einem der Länder der Mittelmeerpartner, auf dem Tahrir Platz oder in Tunesien, wiedersehen werde.‘ Wenn Sie hier in Wilna oder in Wien einen Kurs abhalten, erreichen Sie drei oder vier Vertreter, aber wenn Sie den Schritt hinaus machen, auf die Zivilgesellschaft in diesen Ländern zugehen, dann multipliziert sich die Wirkung. Daher empfehle ich der OSZE: Wagen Sie sich über das Mittelmeer!

Die OSZE unterscheidet sich von anderen Organisation dadurch, dass sie eine unglaubliche Mischung von Ländern umfasst: die Länder Westeuropas, mit ihren Jahrhunderte alten Demokratien, die Länder Osteuropas, Serbien, Georgien, die Ukraine, die erst vor Kurzem einen demokratischen Wandel vollzogen haben, den wir uns zum Vorbild nehmen können. Dieser in einer einzigen Organisation, einem einzigen Forum vorhandene Schatz an Erfahrung und Know-how ist ein riesiger Wissenspool, aus dem wir schöpfen können!

Der Arabische Frühling beschränkt sich nicht auf die arabische Welt. Der OSZE möchte ich ans Herz legen, die Erwartungen der Menschen nicht zu enttäuschen und ihnen wirklich beim Aufbau einer Demokratie zu helfen, nicht nur in den Partnerländern, sondern auch in der OSZE-Region selbst. Die ganze Welt verändert sich, und auch die OSZE sollte sich verändern. Wagen Sie diesen Schritt!“

Beobachtungen aus Libyen

Amal Obeidi, Politikwissenschaftlerin an der Universität Bengasi, und Lamia Abusedra, Professorin für Systemtechnik und Mitbegründerin des Forums für ein demokratisches Libyen, nahmen als Beobachterinnen an der Zivilgesellschaftlichen OSZE-Mittelmeerkonferenz in Wilna teil. (Libyen ist kein OSZE-Kooperationspartner.) Sie berichteten, wie sie mit ihrer Arbeit den politischen Umbruch in Libyen unterstützen.

Amal Obeidi: Gleich zu Beginn, noch vor der Bildung des Nationalen Übergangsrats, rief ich eine Initiative für wissenschaftliche Fachberatung in Fragen wie Übergangsjustiz oder den Umgang mit einem politischen Vakuum ins Leben. Wir waren im Osten des Landes unterwegs, hielten Vorträge und setzten uns mit den neuen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen zusammen.

„Zivilgesellschaft“, „Demokratisierung“, „Meinungsfreiheit“, „Politische Parteien“ – lauter Wörter und Begriffe, die bis dahin verboten waren. Was es bedeutet, Bürger oder Libyer zu sein – davon hatte man keinerlei Vorstellung – nicht einmal in den Zeiten vor Gaddafi. Die Bevölkerung fühlte sich als Araber, als Teil Afrikas, aber nie als Libyer. In einer 2001 veröffentlichten Studie zur politischen Kultur in Libyen stellte ich 500 Studenten die Frage: „Was ist für Sie die wichtigste Identifikationsquelle?“ An erster Stelle kam die Antwort: „Muslim zu sein“, gefolgt von der Stammeszugehörigkeit, und an letzter Stelle kam die Aussage, „Libyer zu sein“. Heute ist das anders, mit großer Begeisterung identifiziert man sich mit Libyen. Aber vielleicht ist auch das nicht von Dauer. Einige Monate einte alle das Ziel, Gaddafi loszuwerden. Die große Herausforderung lautet aber: Wie wird es weitergehen? Wir brauchen andere, positive Ziele, einen Fahrplan für Demokratie und Demokratisierung.

Lamia Abusedra: Ich habe im Februar 2011 gemeinsam mit einer Gruppe von Frauen in Bengasi begonnen, etwas gegen die zunehmende Armut zu tun. Meine Aufgabe war es, ein EDV-System zu konzipieren, mit deren Hilfe die Verteilung von Lebensmitteln an die Armen sichergestellt werden sollte. Wir bekamen Unterstützung von den Pfadfindern und den Moscheen, die uns bei der Verteilung halfen; ursprünglich hatten wir an ein paar hundert Familien gedacht, am Ende verteilten wir Nahrungsmittel an 77.000 Familien! Als dann die internationale Hilfe eintraf, gab es bereits ein gut funktionierendes Netz.

Im April gründeten wir die libysche NGO-Koalition, in der ich im Vorstand für internationale Angelegenheiten zuständig bin. Im Mai kam ich zum Büro für Kultur und Zivilgesellschaft des Nationalen Übergangsrates, wo ich mich ebenfalls um internationale Angelegenheiten kümmere. Und im Juni gründete ich gemeinsam mit anderen das Forum für ein demokratisches Libyen (FDL), eine NGO, die sich besonders der Förderung demokratischer Werte widmet. Alleine in Bengasi gibt es über 400 eingetragene NGOs. Die Menschen sind ganz begeistert davon, sich zusammenzutun, sich gemeinsam für einen guten Zweck einzusetzen, was früher verboten war. Es werden wohl nicht alle Gruppierungen überleben, wir hoffen jedoch, dass die FDL überleben wird.

Die Frauen in Libyen sind zumeist sehr gebildet. Es ist jedoch

Amal Obeidi (links) und Lamia Abusedra bei einer Arbeitssitzung zum Thema Verstärkung der politischen Partizipation und Einbindung von Frauen und Jugendlichen im Rahmen der zivilgesellschaftlichen OSZE-Mittelmeerkonferenz am 4. Dezember 2011 in Wilna (Litauen) (OSZE/Schiw Scharma)



keineswegs klar, wie ihre Rolle in der Gesellschaft aussieht – nicht einmal für die Frauen selbst. Libysche Frauen sind sehr traditionsverhaftet, sie regieren im Haus, hinter den Kulissen. Wir haben eine besondere Gesellschaftsstruktur, und ich glaube, wir müssen einfach das, was wir vorfinden, nehmen und es Schritt für Schritt weiterentwickeln.

Es war Gaddafi, der Frauen in öffentliche Ämter brachte, doch das war nichts anderes als eines seiner Machtspiele, denn für ihn waren Frauen minderwertigere Wesen. Wenn er Frauen Macht gab, dann nur, um dadurch die Männer zu schwächen, sie zu instrumentalisieren, um unser gesellschaftliches Gefüge zu erschüttern.

Amal Obeidi: Ich mache mir Sorgen, dass nicht nur in Libyen, sondern in allen arabischen Ländern, das, was die Frauen erreicht haben, als Produkt von Diktaturen in Erinnerung bleiben wird. In den 1950er und 1960er Jahren wurde Frauen das Recht auf Bildung zugestanden und in den Achtzigerjahren gab es bei uns die ersten weiblichen Richter. Heute hört man mancherorts, auch von Frauen, die Aussage: „Wir wollen keine Richterinnen, denn die wurden unter Gaddafi eingeführt“. Das ist für uns Aktivistinnen eine schwierige Frage; wie gehen wir damit um? Vielleicht bin ich auch zu pessimistisch mit meinem Gefühl, dass noch große Herausforderungen auf uns zukommen werden, was die Rolle der Frau angeht.

Lamia Abusedra: Ich halte es für sehr wichtig, dass Libyen an solchen Konferenzen teilnimmt, und das gerade in Zeiten wie diesen. Vor Ort ist alles im Fluss, die Dinge ändern sich von Tag zu Tag, fast wie bei einem lebenden Organismus. Wir sind mit einer Unzahl verschiedener Ideen und Modelle konfrontiert, wir brauchen Zeit, um herauszufinden, welche davon für Libyen geeignet sind und welche nicht.



Die SAMSON Beobachtungsgondel (Special Avionics Mission Strap-on-Now), die von Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Kanada, Luxemburg, den Niederlanden, Portugal und Spanien gemeinsam genutzt wird.

FRANZÖSISCHES VERTEIDIGUNGS-MINISTERIUM

Open Skies – Erfolg und Ungewissheit eines legendären Instruments aus der Ära nach dem Ende des Kalten Krieges

von Loïc Simonet

Der Vertrag über den Offenen Himmel wurde am 24. März 1992 in Helsinki im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von 26 Staaten unterzeichnet, die entweder Mitglied des Atlantischen Bündnisses (NATO) oder des ehemaligen Warschauer Paktes waren. Nach einer langen Verhandlungsphase trat er am 1. Januar 2002 in Kraft. 2012 begehen wir den zwanzigsten Jahrestag der Verabschiedung und den zehnten Jahrestag des Inkrafttretens dieses Instruments.

Die Entstehungsgeschichte des Offenen Himmels geht auf das Jahr 1955 zurück, als der

damalige Präsident der Vereinigten Staaten, Dwight Eisenhower, der Sowjetunion ungehinderte Überflüge mit einem Austausch der Fotografien nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit vorschlug. Als das Ende des Kalten Krieges gekommen war, erweckte Präsident George Bush 1989 die Idee seines Vorgängers zu neuem Leben und unterstützte den Vorschlag des kanadischen Premierministers Brian Mulroney, sie auf alle Mitglieder von NATO und Warschauer Pakt auszuweiten.

Als völlig neuartiges und beispielloses, eng mit der OSZE verknüpft Instrument hat der Offene Himmel erfolgreich zur Vertrauensbildung

zwischen einstigen Gegnern beigetragen. Seine Zukunftsaussichten könnten jedoch durch die Entwicklung der Sicherheitslage in Europa und die Prioritäten einzelner Vertragsstaaten getrübt werden.

DAS ERSTE MULTILATERALE REGIME FÜR LUFTBEOBACHTUNG

Anders als der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) ist der in derselben Zeit entstandene Vertrag über den Offenen Himmel kein klassisches Rüstungskontrollinstrument. Er ist weder als Rahmen für die Reduzierung der vorhandenen Waffenarsenale gedacht, noch soll er die Aktivitäten bzw. militärischen Fähigkeiten der Vertragsstaaten beschränken. Laut Präambel soll er „größere Offenheit und Transparenz bei ihren militärischen Tätigkeiten fördern“. Sein Ziel ist ferner, „die Überwachung und Einhaltung bestehender und zukünftiger Rüstungskontrollvereinbarungen zu erleichtern“, unter anderem des KSE-Vertrags, der nicht einfach um ein Inspektionsregime aus der Luft ergänzt werden konnte.

Der Vertrag erlaubt die Durchführung von Beobachtungsflügen mit unbewaffneten Luftfahrzeugen, die mit vereinbarten Abbildungsgeräten, mit „Sensoren“, wie es im Vertrag heißt, ausgestattet sind. Zu diesem Zweck werden jedem Teilnehmerstaat aktive und passive Quoten zugeteilt. Unter Ersteren versteht man die Anzahl der Beobachtungsflüge, zu deren Durchführung der betreffende Staat berechtigt ist, Zweitere bezeichnen die Anzahl der Überflüge, die er über seinem Hoheitsgebiet zulassen muss. Diese Quoten werden anhand von Parametern, wie geografischer Lage, Bevölkerung, aber auch militärischer, strategischer und wirtschaftlicher Bedeutung eines Landes, berechnet. Die Zuteilung dieser Quoten wird alljährlich im Herbst ausgehandelt, das Ergebnis wird durch einen Beschluss der Beratungskommission „Offener Himmel“ (OSCC) – dem für die Verwaltung und Überprüfung der Durchführung des Vertrags zuständigen Gremium – bestätigt.

Die große Mehrheit der Vertragsstaaten verfügt selbst nicht über die für die Zwecke des Offenen Himmels geeignete Ausrüstung, sondern bedient sich einer Bestimmung des Vertrags, die ihnen eine einvernehmlich vereinbarte Nutzung der Einrichtungen eines anderen Vertragsstaats gestattet. Um ihre Ressourcen optimal zu nutzen, hat es sich eingebürgert, dass sich Vertragsstaaten zur gemeinsamen Durchführung von Beobachtungsflügen zusammentun. Nur Belarus und die Russische Föderation einerseits sowie die Beneluxstaaten (Belgien, die Niederlande und Luxemburg) andererseits haben sich die Möglichkeit von Artikel III Abschnitt II zunutze gemacht, demzufolge zwei oder mehr Vertragsstaaten zum Zwecke der Zusammenarbeit eine Gruppe bilden können.

Ohne selbst eine eigene Gruppe im Sinne des Vertrags darzustellen, pflegen Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Kanada, Luxemburg, die Niederlande, Portugal und Spanien in der sogenannten POD-Gruppe eine technische Zusammenarbeit und teilen sich ein modulares Überwachungssystem, die mit fünf Abbildungsgeräten ausgestattete sogenannte SAMSON-Beobachtungsgondel (Special Avionics Mission Strap-On-Now), die sie turnusmäßig in ihren nationalen Luftfahrzeugen einsetzen.

Eine Mission „Offener Himmel“ ist drei Tage (72 Stunden) im Voraus zu notifizieren. Das Land, dessen Hoheitsgebiet überflogen werden soll, muss den Eingang der Notifikation innerhalb von 24 Stunden bestätigen. Die Notifikation enthält den benannten „Einreisepunkt“, das heißt einen der Orte, die der beobachtete Vertragsstaat für das Eintreffen des Personals des beobachtenden Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet benannt hat, und gegebenenfalls den „Flugplatz Offener Himmel“, der vom beobachteten Vertragsstaat als Punkt benannt wird, von dem aus der Beobachtungsflug beginnen oder an dem er enden kann. Alle anderen Vertragsstaaten werden ebenfalls durch Notifikation informiert.

Der beobachtende Vertragsstaat wählt die Flugstrecke frei aus. Es darf das gesamte Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats überflogen werden, mit Ausnahme einer Zehnkilometerzone entlang der Grenze zu einem Nachbarstaat, der nicht Vertragsstaat ist. Die Dauer einer Mission darf 96 Stunden nicht überschreiten. Der von dem beobachtenden Vertragsstaat zu erstellende Missionsbericht wird von dem beobachtenden und dem beobachteten Vertragsstaat unterzeichnet und innerhalb von sieben Tagen allen anderen Vertragsstaaten übermittelt.

Beobachtet werden dürfen unter anderem Militärstützpunkte, Truppenübungsplätze, Industriestandorte, Straßen, Schienen- und Kommunikationsinfrastruktur, Flugplätze und Hafenterminals sowie schweres Gerät (Panzer, Abschussbasen für Luftfahrzeuge und Raketen). Der beobachtete und der beobachtende Vertragsstaat erhalten die während einer Mission gemachten Fotografien, die danach jedem Vertragsstaat auf Ersuchen gegen Bezahlung zur Verfügung gestellt werden.

HISTORISCHE BEZIEHUNGEN ZUR OSZE

Die der Unterzeichnung des Vertrags über den Offenen Himmel vorangegangenen Verhandlungen begannen im Februar 1990 in Ottawa außerhalb des KSZE-Rahmens. Dennoch bestimmte man nach der zweiten Verhandlungsrunde in Budapest den KSZE/OSZE-Sitz Wien zum ständigen Austragungsort für die weiteren Gespräche, was den Vertrag und die Organisation praktisch unauflöslich mit einander verband.

Der Anwendungsbereich des Vertrags über



SAMSON Beobachtungsgondel

FRANZÖSISCHES VERTEIDIGUNGS-MINISTERIUM



Ein Team bei der Arbeit in der Beobachtungskonsole

FRANZÖSISCHES VERTEIDIGUNGS-MINISTERIUM

den Offenen Himmel deckt sich im Großen und Ganzen mit dem OSZE-Raum. Seine Bestimmungen sind wie diejenigen des Wiener Dokuments darin als vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen bezeichnet. Der Vertrag nimmt an zahlreichen Stellen auf die KSZE Bezug. Sie ist einer der Grundpfeiler des durch die Schlussakte von Helsinki 1975 und die Charta von Paris 1990 geschaffenen „Neuen Europa“.

Die OSCC tritt einmal pro Monat zu einer Plenarsitzung in Wien zusammen und nutzt dafür – wie in Artikel X des Vertrags vorgesehen – die Einrichtungen und die verwaltungstechnische Unterstützung des Konfliktverhütungszentrums der OSZE. In Wien wurden zwei Konferenzen zur Überprüfung der Durchführung des Vertrags über den Offenen Himmel abgehalten, die erste vom 14. bis 16. Februar 2005 und die zweite vom 7. bis 9. Juni 2010.

UNGEWISSE ZUKUNFT

Zwanzig Jahre nach seiner Unterzeichnung erfüllt der Vertrag über den Offenen Himmel seine Zwecke. Er ist eine wichtige Quelle für militärische und strategische Informationen und fördert eine Kultur der Zusammenarbeit zwischen einst gegnerischen Streitkräften und Soldaten. Bis zum 31. Dezember 2011 wurden insgesamt 836 Flüge durchgeführt. Es stellt sich jedoch die Frage, ob der Vertrag im 21. Jahrhundert noch eine über diese unzweifelhaft positive Bilanz hinausgehende *raison d'être* hat.

Das Regime „Offener Himmel“ ist ein Produkt der letzten Jahre des Kalten Krieges. Es wurde in einer Zeit ersonnen und in die Praxis umgesetzt, als das Sicherheitsumfeld in der euroatlantischen Region im Umbruch war. Interessant ist auch die Feststellung, dass die Symptome, an denen der Vertrag heute krankt – die Entwicklung des geostrategischen Umfelds, die abnehmende Bedrohung durch groß angelegte konventionelle

Angriffe und eine beträchtliche größenmäßige Streitkräfte-reduzierung seit 1990 – dieselben sind, die den KSE-Vertrag schwächen, an dem sich allerdings gravierende politische Gegensätze entzünden. Für die Staaten hat die Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen wie Terrorismus und Internetkriminalität Priorität, die das Werk nichtstaatlicher Akteure sind und sich damit dem Zugriff durch Rechtsinstrumente wie dem Vertrag über den Offenen Himmel entziehen. Die zunehmenden finanziellen Zwänge sind schuld daran, dass die Regierenden das Gefühl haben, die für die Anwendung des Vertrags erforderlichen Summen kaum rechtfertigen zu können. Eine ganze Reihe von Vertragsstaaten macht von ihren aktiven Quoten nicht mehr Gebrauch und beschränkt sich darauf, anderen Staaten auf deren Wunsch das Überfliegen ihres Hoheitsgebiets zu gestatten.

Technisch gesehen machen die raschen Fortschritte der Satellitenbildtechnik das Regime „Offener Himmel“ immer weniger rentabel, selbst wenn es im Vergleich zur Satellitenbeobachtung nach wie vor einen hohen Grad an Flexibilität aufweist (insbesondere dank der Möglichkeit, unter einer Wolkendecke Bilder aufzuzeichnen) und weniger kostspielig als die Satellitentechnologie ist.

NEUE ANWENDUNGSMÖGLICHKEITEN?

Angesichts dessen werden seit einigen Jahren verschiedene Möglichkeiten für eine „Umstellung“ des Regimes erwogen, das vom Stillstand bedroht scheint.

Die Hauptoption schien lange Zeit hindurch die Verstärkung des „doppelten Zwecks“ des Offenen Himmels und die Ausweitung seiner Aufgaben auf über die militärische Beobachtung hinausgehende Bereiche. Der Vertrag sieht in seiner Präambel „die mögliche Ausdehnung des Regimes ‚Offener Himmel‘ auf weitere Bereich wie den Umweltschutz“ vor. Das Regime eignet sich eigentlich gut für die Beurteilung grenzüberschreitender

Umweltschäden. Bereits 2004 wurde in Wien ein Seminar zu möglichen umweltbezogenen Anwendungen des Vertrags abgehalten.

Bei den ersten Verhandlungen des Vertrags in Ottawa und Budapest beschlossen die Vertragsstaaten, einen Hinweis auf die mögliche Nutzung dieses Regimes für Konfliktverhütung und Krisenbewältigung in die Präambel aufzunehmen – wenngleich erst nach langwierigen Diskussionen darüber, ob es zweckmäßig sei, ein im Wesentlichen zur Stärkung des Vertrauens und der Transparenz zwischen Ost und West gedachtes Instrument für regionale Krisen einzusetzen. Anlage L zum Vertrag enthält in Abschnitt III die Bestimmung, dass die OSCE über Ersuchen von Gremien der KSZE/OSZE und von anderen einschlägigen internationalen Organisationen berät, um zum Zwecke der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung die Organisation und Durchführung außerordentlicher Beobachtungsflüge über dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats mit dessen Zustimmung zu erleichtern. Im Zuge der ersten Vertragsüberprüfungskonferenz 2005 schlugen drei Vertragsstaaten vor, diese Bestimmungen als Instrument präventiver Diplomatie zur Lösung von Langzeitkonflikten einzusetzen. Sie kamen jedoch angesichts der Ungeschütztheit eines – unbewaffnet in geringer Höhe (unter 5000 m) und mit relativ niedriger Geschwindigkeit (rund 450 km/h) fliegenden – Beobachtungsluftfahrzeugs zu dem Schluss, das Regime „Offener Himmel“ nicht für diese Zwecke einzusetzen, es sei denn in einem stabilen Sicherheitsfeld.

Immer wieder wurde vorgeschlagen, den „Offenen Himmel“ zur Bekämpfung des Menschenhandels sowie des illegalen Waffen- und Drogenhandels, zur Beobachtung von Flüchtlingsbewegungen, zur Bekämpfung der illegalen Zuwanderung oder für die Überwachung von Grenzregionen einzusetzen. Eine Untersuchung seines Potenzials im Hinblick auf transnationale oder „neue“ Bedrohungen könnte durchaus lohnenswert sein. Ferner wurde vorgeschlagen, dieses Instrument zum Aufspüren illegaler Aktivitäten, mit dem Ziel einzusetzen, in den Besitz von Atomwaffen zu kommen (Hortung spaltbarer Stoffe und Urananreicherung). Bislang stießen diese Ideen nur auf begrenztes Interesse. Sie haben zu sehr den Geruch eines Versuchs, den „Offenen Himmel“ unter Preisgabe seiner Identität – als ein in erster Linie für einen politisch-militärischen Kontext gedachtes Regime – am Leben zu erhalten. Jeder Versuch einer Verwirklichung dieser Ideen müsste überdies mit dem Problem der immer schärferen finanziellen Restriktionen zu Rande kommen.

Das Regime „Offener Himmel“ auf eine größere Zahl von Vertragsstaaten, vielleicht sogar in anderen Teilen der Welt, auszudehnen, wird ebenfalls als eine Möglichkeit zu seiner Neubelebung erachtet. Seit seinem Inkrafttreten im Jahr 2002 gab es auch einige Beitritte zum Vertrag. Diese Entwicklung stagniert allerdings seit Mitte des letzten Jahrzehnts, und bis heute ist die Vorstellung, den Fahrplan des Regimes „Offener Himmel“ mit demjenigen der OSZE zusammenzuführen, nach wie vor nur Wunschdenken. Allerdings würde eine Ausweitung dieser Über-einkunft auf den gesamten OSZE-Raum der Zusammenarbeit neue Aussichten eröffnen. In einigen der als Beitrittskandidaten in Frage kommenden Teilnehmerstaaten schwelen Langzeitkonflikte oder latente Spannungen, die dem Beobachtungspotenzial des Regimes „Offener Himmel“ – wie bereits erwähnt – möglicherweise einen neuen Anwendungsbereich eröffnen würden.

Die in der Präambel des Vertrags angesprochene Zusammenarbeit zwischen den Vertragsstaaten des Vertrags über den

Offenen Himmel und anderen internationale Organisationen wurde noch nie wirklich in die Praxis umgesetzt. Der Offene Himmel könnte für Organisationen wie die Vereinten Nationen, die Organisation für das Verbot chemischer Waffen, den Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen oder die Internationale Atomenergie-Organisation von Nutzen sein, etwa durch das Ersuchen an einen Mitgliedstaat um die Durchführung eines Beobachtungsflugs oder durch das Ersuchen um die Übermittlung bestimmter Bilder. Das Konfliktverhütungszentrum der OSZE könnte sicher die durch Beobachtungsflüge erhaltenen Luftaufnahmen gut für die Leitung der Feldmissionen gebrauchen.

Angesichts des „Arabischen Frühlings“ erhebt sich die Frage, ob das Regime „Offener Himmel“ auch in einem anderen regionalen Kontext anwendbar wäre.

Auf der ersten Konferenz zur Überprüfung des Vertrags 2005 erklärten die Vertragsstaaten ihre Bereitschaft, mit anderen interessierten Ländern Gespräche aufzunehmen, um ihre Erfahrungen an sie weiterzugeben und sie ganz allgemein über den Vertrag und seine Vorteile zu informieren und sie mit Rat und Tat im Hinblick auf eine gemeinsame Luftbeobachtung zu unterstützen. Im Zuge dessen wurde angedacht, der Offene Himmel könnte etwa für Indien und Pakistan von Interesse sein und ihnen bei der Lösung ihres Kaschmir-Konflikts helfen, oder für Nord- und Südkorea, wo die Beobachtung der entmilitarisierten Zone zwischen ihnen aus der Luft ein nützliches Instrument der Dialogerleichterung sein könnte. Derzeit dürfte allerdings die relativ trübe Wetterlage rund um den Offenen Himmel kaum zu seiner Ausweitung über die OSZE hinaus ermutigen.

Dass die Vertragsstaaten auf beiden Vertragsüberprüfungskonferenzen 2005 und 2010 den Vertrag über den Offenen Himmel einhellig unterstützten, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Regime durch die neue Sicherheitslage in Europa in Abseits geraten könnte. Obwohl das Regime „Offener Himmel“ – trotz der politischen Spannungen, die sich zum Beispiel auf den KSE-Vertrag ausgewirkt haben – bisher keinerlei Abstriche machen musste, ist es keineswegs dagegen gefeit, wie die Diskussionen in der OSCE über den Beitritt eines Teilnehmerstaats der OSZE zeigen.

Gleichwohl verkörpert der Vertrag über den Offenen Himmel mehr als jedes andere Rüstungskontrollregime, das seit dem Ende des Kalten Kriegs entstanden ist, nicht nur das OSZE-Konzept der kooperativen Sicherheit, sondern auch diesen „magischen Moment“ – wie Brian Mulroney ihn nannte – , als sich der Eiserne Vorhang öffnete, einen Moment, der bereits aus unserem kollektiven Gedächtnis zu schwinden beginnt. Es ist keineswegs gesagt, dass es an der Zeit ist, dieses Buch zu schließen, in dem noch nicht alle Kapitel geschrieben sind – in einem Europa, das noch keineswegs vor historischen Erschütterungen sicher ist.

Loïc Simonet ist Berater für politisch-militärische Fragen bei der ständigen Vertretung Frankreichs bei der OSZE.

Die in diesem Artikel vertretenen Ansichten geben ausschließlich die Meinung des Autors wieder und nicht notwendigerweise den offiziellen Standpunkt der OSZE und ihrer Teilnehmerstaaten.

„Wer auch nur ein einziges Leben rettet,
rettet die ganze Welt.“

– Talmud, Sanhedrin 4:1, 22a, und
Koran, Al-Maida 5:32

Visas for life

von Ahmet Çınar

Anlässlich des Holocaust-Gedenktags am 26. Januar 2012 wurde in der Wiener Hofburg, dem Sitz der OSZE, die Ausstellung *Visa for Life* eröffnet. Sie wurde von Israel, einem OSZE-Kooperationspartner, zur Erinnerung an jene Diplomaten organisiert, denen von der israelischen Knesset (Parlament) für die Rettung von Juden vor der Vernichtung durch das NS-Regime der Ehrentitel „Gerechter unter den Völkern“ verliehen wurde.

„Die heutige Ausstellung ist dem außergewöhnlichen schwedischen Diplomaten Raoul Wallenberg gewidmet, der im von den Nazis besetzten Ungarn tausenden Juden das Leben rettete. In diesem Jahr begehen wir seinen hundertsten Geburtstag“, erläuterte der israelische Botschafter Aviv Shir-On in seiner Eröffnungsrede zur Ausstellung. Im Sommer 1944 war Wallenberg im diplomatischen Dienst in Budapest, wo er alles in seinen Kräften Stehende tat, um so viele Juden wie möglich vor dem sicheren Tod zu bewahren – oft unter Einsatz seines eigenen Lebens. So auch an jenem Tag, als er ungeachtet des Gebrülls und der Schüsse der deutschen Soldaten und ungarischen Offiziere einen für Auschwitz bestimmten Transportzug erklomm, den Juden durch die Türen Schutzpässe zuwarf und dann alle Inhaber solcher Pässe aufforderte, den Zug zu verlassen, wodurch sie sich in Sicherheit bringen konnten.

Botschafter Shir-On überreichte dem irischen OSZE-Vorsitz eine Gedenktafel, auf der die Geschichte des irischen römisch-katholischen Priesters Monsignore Hugh O’Flaherty dargestellt ist, eines hohen Beamten der römischen Kurie, der während der deutschen Besatzung über 6000 Juden und alliierten Soldaten das Leben rettete, wofür er den Namen „the Scarlet Pimpernel of the Vatican“ (das rote Siegel des Vatikans) erhielt. „Es war die besondere Tragik des Holocaust, dass zu wenig getan wurde, um die vom Nazi-Regime Verfolgten und von der Auslöschung Bedrohten zu schützen“, sagte der irische Botschafter Eoin O’Leary, als er das Geschenk entgegennahm.

Die Ausstellung zeigt uns auch, dass es unter den Diplomaten aus den Vereinigten Staaten, der Türkei, der Schweiz, aus Spanien, Italien, vom Heiligen Stuhl, aus Großbritannien, China, Portugal und Japan, ja selbst aus Deutschland Helden gab, die Juden aus den Klauen des Holocausts retteten – und das unter großen eigenen Opfern. Stellvertretend sei an dieser Stelle das Beispiel des türkischen Generalkonsuls auf Rhodos, Selahattin Ülkümen, angeführt, der türkischen Juden auf der Insel das Leben rettete und dafür von den Nazis eingesperrt wurde. Sein Konsulat wurde von den Deutschen bombardiert und seine schwangere Frau umgebracht.

Doch leider müssen wir erkennen, dass fast 70 Jahre nach dem Holocaust das Übel des Antisemitismus nach wie vor nicht ausgerottet – und auch in der OSZE-Region noch immer präsent ist. Es war der Soziologe Ernst Simmel, der den Antisemitismus im Jahr 1946 erstmals wie folgt definierte: „Der Antisemit hasst den Juden, weil er glaubt, dass der Jude an seinem Unglück schuld ist. Er verfolgt den Juden, weil er sich von ihm verfolgt fühlt.“

Wenn wir das Thema aus einer breiteren Perspektive in den Blick nehmen, erkennen wir, dass es sich um die Geißel Fremdenfeindlichkeit handelt, die wir alle bekämpfen sollten, gleichgültig, ob sie sich gegen Muslime, Juden oder Christen richtet. Der Aufschwung des Rechtsextremismus in mehreren europäischen Ländern, die

terroristischen Anschläge gegen muslimische Türken und auch Juden in Deutschland, die Angriffe der al-Kaida auf Christen und der jüngste brutale, durch Fremdenhass motivierte Anschlag in Norwegen sind ernüchternd.

Religiös motivierter Hass scheint unausrottbar zu sein, und man könnte zu dem Schluss kommen, dass sich nichts geändert, dass man nichts aus der Geschichte gelernt hat. Gerade deshalb ist es so besonders wichtig, dass internationale Organisationen hier tätig werden.

Die Bekämpfung des Antisemitismus durch Bildung und Erziehung ist eine der Prioritäten des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR). Auf Grundlage der Ideen von 25 Antisemitismus-Experten aus zwölf Ländern, die im Mai 2010 in Berlin zu einem Erfahrungsaustausch zusammenkamen, entwickelte das BDIMR Unterrichtsmaterial zur Bekämpfung von Antisemitismus und anderen Formen der Intoleranz sowie ein Handbuch, das Pädagogen Fakten, Hintergrundwissen und vorbildliche Methoden für das Thema Antisemitismus im Unterricht an die Hand gibt.

Der OSZE-Vorsitz hat drei Persönliche Beauftragte, die sich um die Förderung der Toleranz in der OSZE-Region bemühen: Rabbiner Andrew Baker für die Bekämpfung des Antisemitismus, Senator Adil Achmetow für die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen und die ehemalige Richterin Catherine McGuinness für die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung mit dem weiteren Schwerpunkt Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Christen und Angehörigen anderer Religionen. Die Beauftragten befassen sich in enger Zusammenarbeit mit dem BDIMR, anderen internationalen Organisationen, Regierungen und NGOs mit der Ausarbeitung von Empfehlungen für den Schutz der verschiedenen Religionsgemeinschaften.

Ihre Arbeit könnte man mit der des Jungen aus der bekannten Geschichte von L. Eiseley, „Der Sternenerwerfer“, vergleichen: „Eines Morgens wanderte ein Mann am Strand entlang und sah einen kleinen Jungen, der Seesterne ins Meer zurückwarf. Der Mann fragte den Jungen: ‚Was tust du da?‘ Der Junge antwortete: ‚Ich versuche, diese Seesterne vor dem Tod zu retten.‘ Der Mann sah auf und blickte über den Strand. Er sah, dass auf dem ganzen Strand Tausende und Abertausende Seesterne lagen. Da sagte der Mann: ‚Die kannst Du unmöglich alle retten, das hat doch keinen Sinn; es sind einfach zu viele.‘ Unbeeindruckt von den Einwänden des Mannes bückte sich der Junge, nahm einen weiteren Seestern auf, warf ihn ins Meer zurück und sagte: ‚Aber für diesen einen hat es Sinn.‘ In dieser Nacht fand der Mann keinen Schlaf. Am Morgen ging er wieder zum Strand, um den Jungen zu suchen, und als er ihn gefunden hatte, machten sich beide gemeinsam daran, die Seesterne ins Meer zurückzuwerfen.“

Ahmet Çınar ist Praktikant in der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im OSZE-Sekretariat in Wien.



Eröffnung der Ausstellung *Visa for Life* in der Wiener Hofburg am 26. Januar 2012. Das israelische Außenministerium rief gemeinsam mit Yad Vashem das Projekt *Visa for Life* ins Leben, die als Wanderausstellung in der ganzen Welt in unterschiedlichsten Kontexten und Räumlichkeiten des Außenministeriums gezeigt wird.

OSCE Neubestellungen



OSZE/JONATHAN PERFECT

Andrej Sorokin aus der Russischen Föderation übernahm am 10. Januar 2012 die Leitung des OSZE-Büros in Eriwan. Botschafter Sorokin hatte mehrere diplomatische Posten in Indien inne, wo er zuletzt von 2005 bis 2011 Gesandter an der Botschaft der Russischen Föderation in Indien war. Von 2003 bis 2005 war er Direktor der Abteilung für kulturelle Beziehungen und die UNESCO im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten. 1976 schloss er sein Studium am Staatlichen Institut für Fremdsprachen in Moskau ab.



OSZE/JONATHAN PERFECT

Miroslawa Beham aus Serbien trat ihren Posten als Erste Beraterin für Genderfragen am 15. Dezember 2011 an. Botschafterin Beham war von 2005 bis 2011 im diplomatischen Dienst Serbiens tätig, zuletzt war sie Leiterin der Delegation Serbiens bei der OSZE in Wien. Vor ihrer Laufbahn als Diplomatin arbeitete sie als freiberufliche Journalistin für Zeitungen, Radio und Fernsehen, wobei Genderfragen eines ihrer Fachgebiete war. In München (Deutschland) geboren, studierte Miroslawa Beham Englisch, Slawistik und Germanistik.



OSZE/MICHAEL ASSAFOV

Natalja Sarudna aus der Ukraine trat am 17. Januar 2011 ihre Funktion als Leiterin des OSZE-Zentrums in Astana an. Die Berufsdiplomatin war von 2008 bis 2011 Botschafterin in Deutschland, von 2004 bis 2008 Botschafterin in Dänemark und von 2003 bis 2004 Sonderbotschafterin für Umweltfragen und humanitäre und kulturelle Zusammenarbeit. In ihrer Funktion als stellvertretende Außenministerin war sie von 2002 bis 2003 für humanitäre, soziale und kulturelle Angelegenheiten, Fragen betreffend nationale Minderheiten und Antisemitismus sowie für Informations- und Kommunikationspolitik zuständig. Botschafterin Sarudna hat die Ukraine bereits auf internationalen Konferenzen der Vereinten Nationen, UNESCO, OSZE, des Europarats, der NATO und der EU vertreten.



ALLE RECHTE VORBEHALTEN

Der Ungar György Szabó wurde am 23. Januar 2012 zum Projektkoordinator in Usbekistan ernannt. Der Berufsdiplomat Botschafter Szabó war stellvertretender Leiter der Abteilung für Logistik und Organisation der EU-Präsidentschaft 2011. Davor war er von 2005 bis 2010 Protokollchef des Präsidenten von Ungarn, von 2001 bis 2005 Botschafter Ungarns in Nigeria und Benin und von 2000 bis 2001 stellvertretender Leiter des Staatsprotokolls. Er war als leitender Referent für eine Vielzahl von Ländern im Baltikum, im Mittelmeerraum und in Asien zuständig und absolvierte Auslandseinsätze in Namibia und der Mongolei. 2011 war er OSZE-Wahlbeobachter in Kirgisistan und 2000 OSZE-Wahlüberwacher in Bosnien und Herzegowina.



ALLE RECHTE VORBEHALTEN

Paul Manning aus dem Vereinigten Königreich ist seit 9. Januar 2012 Direktor der Innenrevision. Unmittelbar vor seinem Eintritt in die OSZE arbeitete er als leitender Beamter am *Department for International Development* in London und war für die Regierung des Vereinigten Königreichs als Betrugsbekämpfungsspezialist im Bereich internationale Entwicklung tätig. Manning hat für internationale NGOs und in der Privatwirtschaft in den Bereichen Prüfung, Risikomanagement und Consulting gearbeitet. Bis vor Kurzem war er Mitglied des Prüfungsausschusses des *Chartered Institute of Public Finance & Accountancy*. Der diplomierte Wirtschaftsprüfer hat Studienabschlüsse in Internationaler Entwicklung und Strafrecht vorzuweisen.

osce.org/publications
e-mail: oscemagazine@osce.org

OSZE Organisation für Sicherheit
und Zusammenarbeit in Europa